

Große Charta der chinesischen Freiheit

—— Verfassung der Chinesischen Bundesrepublik (Entwurf) ——

Der Kommunismus ist tot
die Verfassungsordnung muss errichtet werden!

—— Die Souveränität kehrt zu allen Menschen zurück
ein neuer Vertrag formt China neu ——

Herausgebende Institution: Verwaltungsausschuss der Chinesischen Freien
Konstitutionellen Partei

Verfasser / Chefkoordinator: Bian Jingtao

Ort der Veröffentlichung: Deutschland / Europa

Jahr der Veröffentlichung: 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur "Großen Charta der Freiheit Chinas"

Kapitel 1

Allgemeine Grundsätze und föderale Verfassungsprinzipien

- Artikel 1 [Staatsform, Souveränität und Autorisierung der Machtquelle]
 - Artikel 2 [Offizielle Sprache und Schrift]
 - Artikel 3 [Naturgegebene Menschenrechte und Menschenwürde]
 - Artikel 4 [Meinungs-, Gedanken- und Pressefreiheit]
 - Artikel 5 [Privateigentum und freies Wirtschaftssystem]
 - Artikel 6 [Staatsbürgerschaft und Freizügigkeit]
 - Artikel 7 [Vorrang der Verfassung und Normenhierarchie]
 - Artikel 8 [Rang des Völkerrechts und Staatsgarantie der Öffnung nach außen]
 - Artikel 9 [Föderale Gewaltenteilung, kommunale Selbstverwaltung und einheitlicher Binnenmarkt]
 - Artikel 10 [Fiskalischer Föderalismus und kommunale Steuerhoheit]
 - Artikel 11 [Verteidigungsmechanismus der Demokratie]
-

Kapitel 2

Staatsorgane und Gewaltenteilung (Checks and Balances)

- Artikel 12 [Föderaler Kongress und regionale Gesetzgebungsorgane]
 - Artikel 13 [Föderaler Präsident]
 - Artikel 14 [Verstaatlichung der Armee, Kontrolle der Streitkräfte und Kommunalisierung der Polizei]
 - Artikel 15 [Oberster Föderaler Gerichtshof]
 - Artikel 16 [Common-Law-System, zweigleisiges Geschworenensystem und letztinstanzliches Urteil durch Volksentscheid]
 - Artikel 17 [Föderales Super-Digital-Zentrum und Blockchain-Fundament]
 - Artikel 18 [Föderale Unabhängige Staatsanwaltschaft]
 - Artikel 19 [Föderale Zentralbank]
 - Artikel 20 [Amtsenthebungsverfahren durch den Kongress]
 - Artikel 21 [Umfassendes und sofortiges Abberufungsrecht der Bürger und ständige Abschreckung]
 - Artikel 22 [Neutralität der Beamten, Offenlegung der Vermögensverhältnisse und Recht auf Verweigerung rechtswidriger Befehle]
 - Artikel 23 [Sunshine-Gesetz und Open-Source-Überwachung in allen Bereichen]
-

Kapitel 3

Finanzen, Wirtschaft und soziale Verantwortung

- Artikel 24 [Fiskalische Disziplin, gesetzlicher Haushalt und Anti-Verschwendungs-Mechanismus]
- Artikel 25 [Gesetzmäßigkeit der Besteuerung, minimalistisches Steuersystem und Grundrechte der Steuerzahler]
- Artikel 26 [Soziale Marktwirtschaft und nachhaltiges Wohlfahrtssystem]
- Artikel 27 [Antimonopol, fairer Wettbewerb und Verbot von Vetternwirtschaft]

- Artikel 28 [Vereinigungsfreiheit, Arbeitnehmerrechte und gesellschaftliche Selbstverwaltung]
 - Artikel 29 [Akademische Unabhängigkeit, Innovationsförderung und geistiges Eigentum]
 - Artikel 30 [Umweltgerechtigkeit und generationenübergreifende Rechte]
-

Kapitel 4

Ultimative Garantien der Bürger

- Artikel 31 [Recht auf Waffenbesitz und Widerstandsrecht]
-

Kapitel 5

Zusatzbestimmungen und Verfassungsschutz

- Artikel 32 [Beschränkungen des Ausnahmezustands]
 - Artikel 33 [Rigider Verfassungsänderungsprozess]
 - Artikel 34 [Ewigkeitsklausel]
 - Artikel 35 [Inkrafttreten, Übergang und endgültige Ratifizierung]
-

[Schlusswort] Die Macht zähmen, die Freiheit zurückgeben

[Nachwort] Die Rückkehr des Gewissens und das Erwachen des naturgegebenen Rechts auf Eigentum

Vorwort zur "Großen Charta der Freiheit Chinas"

Der hehre Zweck dieser Verfassung besteht darin, die Regierungsgewalt strikt zu begrenzen, die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen und die Unantastbarkeit des Privateigentums zu verankern. Hiermit wird proklamiert: Jegliche Regierungsgewalt unterliegt dem gesamten Volk; die Legitimität der Regierungsführung beruht einzig und allein auf der Autorisierung durch das Volk. Basierend auf dem Axiom, dass "Macht eine Autorisierung von unten nach

oben ist und keine Herrschaft von oben nach unten"; wird hiermit die Föderale Republik China gegründet, um das seit zweitausend Jahren bestehende zentralistische System endgültig zu beenden; um dadurch eine echte Gewaltenteilung und -verschränkung zu verwirklichen und die politische Macht an das Volk zurückzugeben, und um für den dauerhaften Frieden und die Gerechtigkeit der chinesischen Nation ein unzerstörbares rechtsstaatliches Fundament zu legen.

Kapitel 1: Allgemeine Grundsätze und föderale Verfassungsprinzipien

Artikel 1 [Staatsform, Souveränität und Autorisierung der Machtquelle]

1. **[Föderale Staatsform]** Die Föderation China (Chinesische Föderation) ist eine föderale Republik, die auf einer Autorisierung von unten nach oben aufbaut. Die nationale Souveränität liegt beim gesamten Volk und gehört keiner politischen Partei, Gruppe oder Einzelperson.
2. **[Logik der Autorisierung der Machtquelle]** Die Macht der Föderation China ist keine Herrschaft von oben nach unten, sondern eine Autorisierung von unten nach oben. Jegliche öffentliche Gewalt entspringt der Übertragung natürlicher Rechte der Bürger. Dieser Autorisierungsweg folgt dem Prinzip der abgestuften Progression:
 - **Städtische und bezirkliche Selbstverwaltung:** Die Bürger übertragen die Verwaltungsgewalt auf der Basisebene direkt an die Regierungen und Parlamente der Städte und Landkreise;
 - **Provinziale Verwaltung:** Die gesamte Bevölkerung einer Provinz überträgt die regionale Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt an die Provinz/den Bundesstaat;
 - **Föderale Republik:** Das gesamte Volk überträgt spezifische und begrenzte Befugnisse wie Landesverteidigung und Außenpolitik an die Föderation.
3. **[Nicht-Unterordnung und Verantwortlichkeit gegenüber dem Volk]** Die drei Regierungsebenen – Föderation, Provinzen/Bundesstaaten und Städte/Landkreise – sind allesamt unabhängige politische Entitäten.
 - **Nicht-Unterordnung:** Gemäß der verfassungsmäßigen Arbeitsteilung besteht zwischen ihnen keinerlei administrative Unterordnung und kein hierarchisches Führungsverhältnis. Die Föderation darf sich nicht in die Selbstverwaltung der Provinzen/Staaten einmischen, und die Provinzen/Staaten dürfen sich nicht in die Selbstverwaltung der Städte/Landkreise einmischen.
 - **Verantwortlichkeit gegenüber dem Volk:** Die Legitimität jeder Regierungsebene hat eine unabhängige Quelle; jede ist direkt gegenüber den Bürgern ihres jeweiligen Wahlkreises verantwortlich und nicht gegenüber einer übergeordneten Regierung.
4. **[Recht auf Rücknahme und Abschaffung]** Jedes Regime, das von dieser Autorisierungslogik abweicht oder dem Willen des Volkes zuwiderläuft, verliert sofort seine Legitimität. Das Volk hat das Recht, gemäß den verfassungsmäßigen Verfahren die Autorisierung zurückzunehmen, die Regierung abzuschaffen oder den Staat neu zu strukturieren.
5. **[Demokratisches Mehrparteiensystem]** Basierend auf der oben genannten

Autorisierungslogik praktiziert die Föderation ein freies demokratisches System des Mehrparteienwettbewerbs. Politische Parteien sind lediglich Träger zur Bündelung der öffentlichen Meinung und zur Erlangung einer temporären Autorisierung durch das Volk. Jede politische Partei muss innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens agieren, durch faire Wahlen um die Gelegenheit zum Dienen konkurrieren und darf keine dauerhafte Herrschaft anstreben.

6. **[Striktes Verbot des Partei-Staats-Systems]** Es ist strengstens verboten, dass irgendeine politische Partei Teil des Staatsapparates wird.
 - **Fiskalische Unabhängigkeit:** Es ist strengstens verboten, staatliche Haushaltsmittel zur Finanzierung irgendeiner politischen Partei bereitzustellen.
 - **Trennung von Militär und Politik:** Es ist politischen Parteien strengstens verboten, sich in militärische, judikative und exekutive Angelegenheiten einzumischen.
 - **Öffentliche Nutzung öffentlicher Instrumente:** Staatliche Instrumente dürfen nicht in den Privatbesitz von Parteien übergehen; keine politische Partei darf sich über den Staat erheben.
7. **[Vorrang der Rechtsordnung]** Als höchste Vollmachtserklärung des Volkes besitzt diese Verfassung die höchste Rechtskraft. Die Macht keiner politischen Partei, Organisation oder Einzelperson darf über der Verfassung stehen.

[Gesetzgeberisches Ziel]:

- **Kappung der vertikalen Abhängigkeit:** Die administrativen Unterordnungsketten zwischen Städten/Landkreisen, Provinzen/Staaten und der Föderation werden vollständig durchtrennt. Der Begriff "Vorgesetzter" wird beseitigt, sodass lokale Beamte nicht mehr nach "oben" schmeicheln müssen, sondern sich nur noch nach "unten" verantworten müssen.
- **Neugestaltung der Machtlogik:** Der Wandel von "hierarchischer Kontrolle von oben nach unten" hin zu "**vertraglicher Autorisierung**", wodurch "von unten nach oben" als die einzige legitime Quelle der Macht etabliert und das Recht auf Herrschaft von oben nach unten radikal verneint wird.
- **Ende des Partei-Staats-Systems:** Den politischen Parteien werden ihre Privilegien in finanzieller, militärischer und administrativer Hinsicht entzogen, um sie auf "konkurrierende, dienende gesellschaftliche Gruppen" zu reduzieren und nicht als Eigentümer der Staatsmaschine zu belassen.

[Erwarteter Effekt]:

- **Beamte dienen nur der Basis ("nur nach unten schauen"):** Da der föderale Präsident Bürgermeister weder ernennen noch absetzen kann, werden lokale Beamte nicht mehr auf die Zentrale schauen, sondern sich verzweifelt darum bemühen, die Wähler in ihrem eigenen Wahlkreis zufriedenzustellen. Aus "nach Ministerien rennen, um an Geld zu kommen" wird "zu den Bürgern rennen, um um Stimmen zu werben".
- **Physische Isolierung von Diktaturen:** Selbst wenn ein Ehrgeiziger die Zentralregierung kontrolliert, kann er die Polizei und die Verwaltungsressourcen der verschiedenen Provinzen und Städte nicht befehligen, da beide nicht einander untergeordnet sind. Der Diktator wird feststellen, dass seine Befehle den

Präsidentenpalast nicht verlassen.

- **Guter Wettbewerb auf lokaler Ebene:** Jede Provinz und Stadt wird über eine unabhängige Gesetzgebungskompetenz (z. B. Steuersätze, Industriepolitik) verfügen und durch institutionellen Wettbewerb Talente und Kapital anziehen; das leblose "große Einheitsmodell" wird durch eine vielfältige und aufblühende "**lokale Vitalität**" ersetzt.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Dieser Artikel etabliert die drei föderalen verfassungsrechtlichen Kernprinzipien der Föderation China:

- **Prinzip der parallelen Souveränität:** Die Beziehung zwischen der Föderation und den lokalen Ebenen ist keine "Vater-Sohn-Beziehung", sondern eine "**Bruder-/Partnerschaftsbeziehung**".
 - Einheitsstaat (das alte China): Die Zentrale ist das absolute Gehirn, die lokalen Ebenen sind Hände und Füße. Hände und Füße müssen dem Gehirn gehorchen.
 - Föderalismus (das neue China): Die Föderation, die Provinzen/Staaten und die Städte/Landkreise sind jeweils die höchste Autorität innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeiten. Bei Fragen wie Straßenbau oder Schulgründung hat ein Bürgermeister den gleichen Rang wie der Präsident, und der Präsident hat kein Recht zur Einmischung.
- **Agentur-Axiom:** Die Bürger sind die einzigen "**Prinzipale**", alle Regierungsebenen sind unabhängige "**Agenten**". Die städtischen und bezirklichen Regierungen werden direkt von den Bürgern beauftragt, ohne eine "Weitervergabe" durch die Provinz oder Föderation.
- **Subsidiaritätsprinzip:** Der Schwerpunkt der Macht verlagert sich nach unten. Was Städte und Landkreise erledigen können, darf die Provinz nicht tangieren; was Provinzen erledigen können, darf die Föderation nicht anrühren. Die Macht der Föderation ist strikt auf den "verbleibenden und notwendigen" Bereich (wie Verteidigung und Diplomatie) beschränkt.

Artikel 2 [Offizielle Sprache und Schrift]

- **Offizielle Sprachen:** Die offiziellen Sprachen der Föderalen Republik China sind Chinesisch (Mandarin) und Englisch.
- **Rechtskraft:** Gesetze, Dekrete, Gerichtsurteile und offizielle Bekanntmachungen, die von der föderalen Regierung, den Regierungen der Bundesstaaten und der Justiz herausgegeben werden, müssen gleichzeitig in einer chinesischen und einer englischen Version vorliegen, und beide Texte haben die exakt gleiche Rechtskraft.
- **Sprachrechte:** Die Bürger der Föderation haben das Recht, ohne Diskriminierung frei zu wählen, ob sie Chinesisch oder Englisch nutzen, um mit jeglichen Regierungsinstitutionen zu kommunizieren, Bildung zu erhalten oder an Gerichtsverfahren teilzunehmen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die sprachliche Abschottung aufzubrechen, China an das universelle globale Betriebssystem anzuschließen und den verfassungsrechtlichen Status der Zweisprachigkeit zu verankern. **[Erwarteter Effekt]:** Die Verwirklichung einer nahtlosen internationalen Anbindung des rechtlichen und geschäftlichen Umfelds, eine drastische Senkung der Transaktionskosten für die gesamte Gesellschaft und die Gewährleistung des

gleichen Rechts der Bürger auf Zugang zu globalen Informationen. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Verleihung des gleichen rechtlichen Status an Englisch und Chinesisch, um sicherzustellen, dass Regierungsdienstleistungen und das Justizsystem über international anerkannte Schnittstellenkapazitäten verfügen.

Artikel 3 [Naturgegebene Menschenrechte und Menschenwürde] Menschenrechte sind naturgegeben, unveräußerlich und besitzen universelle Gültigkeit. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist die oberste Pflicht aller staatlichen Gewalt der Föderation. Menschenrechte stehen im Rang über der staatlichen Souveränität. Die Föderation etabliert eine rechtsstaatliche Ordnung, die das "Individuum" in den Mittelpunkt stellt, garantiert jedem Einzelnen auf ihrem Territorium das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein und verbietet dem Staat strikt, im Namen irgendeines kollektiven Interesses unrechtmäßig in die Grundrechte des Einzelnen einzugreifen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die Festlegung des höchsten verfassungsrechtlichen Rangs der Menschenrechte und die Verankerung der "Menschenwürde" und der "Existenzgrundlage" als philosophische Säulen der Staatsgründung und als ultimativer Maßstab der Justiz.

[Erwarteter Effekt]: Die endgültige Beendigung des "Staatszentrismus" auf der rechtlichen Grundlogikebene, um sicherzustellen, dass die Bürger als unabhängige Subjekte und nicht als Werkzeuge des Staates betrachtet werden. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Rechte werden nicht von der Regierung gewährt, sondern sind angeboren. Die einzige Legitimität für die Existenz des Staates liegt im Schutz dieser Rechte. Dieser Artikel macht deutlich, dass der Staat die positive Pflicht hat, eine Existenzgrundlage zu bieten und die grundlegende Menschenwürde zu wahren.

Artikel 4 [Meinungs-, Gedanken- und Pressefreiheit] Die Föderation garantiert den Bürgern die absolute Freiheit der Meinung, der Gedanken, der Versammlung, der Vereinigung und der Religionsausübung; sie garantiert das Recht der Bürger auf barrierefreien Zugang zum internationalen Internet und zu verschiedenen digitalen Informationskanälen. Presse, Publikationen, Rundfunk und Medien aller Art genießen absolute Freiheit; jegliche Form der Vorabzensur ist strengstens verboten. Das Recht von Journalisten auf Berichterstattung und ihr berufliches Recht auf Geheimhaltung von Informationsquellen werden geschützt.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Sicherzustellen, dass die Bürger über freie Gedanken- und Äußerungskanäle verfügen, und die Verankerung der unabhängigen Kontrollfunktion der Medien als "Vierte Gewalt". **[Erwarteter Effekt]:** Die permanente Demontage von Informations-Firewalls und das Verbot von Gedanken- und Pressezensur, sodass Korruption und Tyrannei im Licht der Öffentlichkeit keinen Platz zum Verstecken haben.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Abschaffung des "Zensursystems", d.h. die Regierung hat kein Recht, Inhalte vor ihrer Veröffentlichung zu genehmigen. Gewährung der Unabhängigkeit der Medien, sodass sie innerhalb des gesetzlichen Rahmens das Recht auf Berichterstattung ohne administrative Einmischung genießen.

Artikel 5 [Privateigentum und freies Wirtschaftssystem] Privateigentum ist heilig und unantastbar. Der Staat schützt das private Eigentums- und Erbrecht der Bürger streng nach dem Gesetz. Der Staat betreibt eine Politik der umfassenden wirtschaftlichen Öffnung und garantiert die freie Konvertierbarkeit von Währungen sowie den freien Kapitalverkehr. Inländische und ausländische Unternehmen genießen völlig gleiche Rechte in Bezug auf rechtlichen Status, Marktzugang, Beschaffung von Produktionsfaktoren, steuerliche

Unterstützung und Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen (Prinzip der Wettbewerbsneutralität). Die Verfassung verbietet jegliche Form des Rückschritts zu "Gemeineigentum" (Kollektiveigentum) oder Planwirtschaft.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die verfassungsrechtliche Grundlage für eine freie Marktwirtschaft zu legen und Bürgern sowie globalen Investoren ein dauerhaftes Gefühl der Sicherheit für ihr Vermögen zu geben. **[Erwarteter Effekt]:** Durch die Privatisierung von Land, das Verbot der Wiedereinführung des Gemeineigentums und die Gewährleistung des freien Währungsverkehrs soll endgültig verhindert werden, dass die Regierung den Bürgern durch wirtschaftliche Kontrollen Vermögen entzieht; dies ermöglicht die nahtlose Integration der chinesischen Wirtschaft in den globalen Markt. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Abschaffung des öffentlichen Landeigentums und Verankerung des privaten Landbesitzes. Dieser Artikel etabliert das Prinzip der "Wettbewerbsneutralität" und verbietet strikt diskriminierende Maßnahmen gegen bestimmte Eigentumsformen.

Artikel 6 [Staatsbürgerschaft und Freizügigkeit] Das Territorium der Föderation umfasst die gegenwärtig de facto kontrollierten Gebiete sowie die dazugehörigen Inseln. Jeder, der innerhalb dieses Territoriums geboren wurde oder rechtmäßig die Staatsangehörigkeit erworben hat, ist Bürger der Föderation. Die Föderation schafft das Hukou-System (Haushaltsregistrierungssystem), die duale Trennung von Stadt und Land sowie regionale Diskriminierung vollständig ab; die Bürger genießen auf dem gesamten Gebiet der Föderation das uneingeschränkte Recht auf freie Wohnortwahl und Freizügigkeit.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die Verankerung der absoluten Gleichstellung des Status der Bürger und die Beseitigung des Identitäts- und Klassensystems. **[Erwarteter Effekt]:** Die Befreiung des natürlichen Rechts auf Arbeitskräftemobilität, die Verwirklichung einer gerechten Ressourcenverteilung und die Beseitigung der seit Jahrzehnten bestehenden dualen Identitätskluft zwischen Stadt und Land. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Das Recht auf Wohnsitznahme im gesamten Staatsgebiet wird verfassungsrechtlich geschützt. Jegliche durch administrative Mittel geschaffenen Beschränkungen der Freizügigkeit (wie Hukou-Barrieren) sind verfassungswidrig.

Artikel 7 [Vorrang der Verfassung und Normenhierarchie]

1. **[Höchste Rechtskraft]** Als höchster Vertrag des Willens der gesamten Nation besitzt diese Verfassung einen unantastbaren und höchsten juristischen Rang. Keines der Gesetze, Provinzverfassungen, kommunalen Vorschriften, Exekutiverlasse, Gerichtsurteile oder militärischen Anordnungen, die im Gebiet der Föderation China in Kraft sind, darf im Widerspruch zu den Bestimmungen oder dem Geist dieser Verfassung stehen.
2. **[Prinzip der Verfassungswidrigkeit und Nichtigkeit]** Alle rechtlichen Dokumente oder Regierungshandlungen, die im Widerspruch zu dieser Verfassung stehen, gelten unabhängig von der Ebene der erlassenden Behörde rechtlich als **"von Anfang an nichtig"** (Void ab initio). Kein Bürger und keine Institution ist verpflichtet, verfassungswidrige Anordnungen auszuführen, und jeder hat das Recht, beim Obersten Föderalen Gerichtshof eine Normenkontrollklage einzureichen.
3. **[Unterwerfung der Macht unter das Recht]** Keine politische Partei, Organisation, religiöse Gruppierung, bewaffnete Macht oder Einzelperson (einschließlich des föderalen Präsidenten und der Leiter aller Ebenen) besitzt Privilegien, die über der

Verfassung stehen. Sämtliche Handlungen öffentlicher Gewalt müssen innerhalb der von der Verfassung gezogenen Grenzen ausgeübt werden.

[Gesetzgeberisches Ziel]:

- **Die Etablierung von "Rechtsstaatlichkeit" (Rule of Law) anstelle von "Gesetzesherrschaft" (Rule by Law):** Die Jahrtausende alte Tradition der Willkürherrschaft, bei der "Macht über dem Recht" steht und "Regieren durch Rote-Kopf-Dokumente" (Partei- und Regierungsdirektiven) erfolgt, endgültig beenden. Es wird sichergestellt, dass sich auch die Regierenden selbst der Herrschaft des Rechts unterwerfen müssen.
- **Vereinheitlichung der Rechtsordnung:** Während auf administrativer Ebene eine starke Dezentralisierung (Artikel 3) erfolgt, wird durch die Verfassung die Einheitlichkeit des rechtsstaatlichen Geistes auf nationaler Ebene sichergestellt, um zu verhindern, dass die lokale Gesetzgebung zu "Hinterwäldler-Regeln" degeneriert, die Menschenrechte verletzen.
- **Den Bürgern das Recht auf Ungehorsam einräumen:** Die ausdrückliche Klarstellung, dass "verfassungswidrige Befehle nichtig sind", bietet Beamten und Militärs eine Rechtsgrundlage, die Ausführung verfassungswidriger Anordnungen (wie das Massakrieren von Zivilisten) zu verweigern.

[Erwarteter Effekt]:

- **Die Verfassung ist kein Gummistempel mehr:** Sie wird zu einer praxistauglichen Waffe für die Bürger, um ihre Rechte zu verteidigen. Wenn ein Bürgermeister ein verfassungswidriges Dokument erlässt, können die Bürger direkt vor Gericht gegen ihn klagen, und der Richter muss das Dokument für nichtig erklären.
- **Beseitigung der "privilegierten Klasse":** Selbst der Generalsekretär der Regierungspartei oder der Präsident verliert, sobald er auch nur einen Schritt über die Verfassung hinausgeht, sofort seine Legitimität und muss sich einem Amtsenthebungsverfahren stellen.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Dieser Artikel verankert den Kern der modernen Rechtsstaatlichkeit – den "Vorrang des Gesetzes" (Supremacy of Law).

- **Bezugnehmend auf Artikel 3 (bzw. Artikel 1.3):** Während in den vorherigen Klauseln geklärt wurde, "wer wen verwaltet" (administrative Nichteinmischung), klärt dieser Artikel, "wer wem gehorchen muss" (einheitliche Befolgung des Rechts).
- **Logischer Kreislauf:** Obwohl lokale Regierungen in der Verwaltung unabhängig sind, müssen sie sich juristisch der Verfassung unterordnen. Dies garantiert eine perfekte Balance zwischen "Trennung" und "Einheit" des Staates – die Verwaltung ist polyzentrisch, aber der Maßstab für Gerechtigkeit ist einheitlich.

Artikel 8 [Rang des Völkerrechts und Staatsgarantie der Öffnung nach außen] Die universellen Prinzipien des Völkerrechts sowie die von der Föderation China rechtmäßig geschlossenen internationalen Verträge werden automatisch Bestandteil der föderalen Rechtsordnung. Der Staat hält an der grundlegenden staatlichen Politik der Öffnung nach außen fest und verpflichtet sich dem Aufbau eines barrierefreien internationalen Austauschsystems. Vom Kongress ratifizierte Verträge über den Schutz der Menschenrechte, die territoriale Integrität und maßgebliche nationale Interessen haben rechtlichen Vorrang vor einfachen föderalen Gesetzen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Sicherzustellen, dass das Handeln des Staates durch die Normen der zivilisierten Welt gebunden ist, und zu verhindern, dass das innerstaatliche Recht in das Gesetz des Dschungels zurückfällt. **[Erwarteter Effekt]:** Den Bürgern einen doppelten Schutz nach internationalen Menschenrechtsstandards zu bieten, die schnelle Integration Chinas in das rechtliche Mainstream-System der Welt zu ermöglichen und rechtliche Barrieren im internationalen Austausch zu beseitigen. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Internationalen Menschenrechtsverträgen wird ein höherer Rang eingeräumt, um sicherzustellen, dass die Regierung sich ihren internationalen Verpflichtungen nicht durch die Verabschiedung böswilliger innerstaatlicher Gesetze entziehen kann.

Artikel 9 [Föderale Gewaltenteilung, kommunale Selbstverwaltung und einheitlicher Binnenmarkt]

1. **[Begrenzte Autorisierung und hohe Autonomie]** Die Föderation China nimmt ein verfassungsmäßiges Modell der "begrenzten Autorisierung" an. Die föderale Regierung besitzt ausschließlich Kompetenzen in den Bereichen Landesverteidigung, Außenpolitik, Ausgabe der gesetzlichen Währung, höchste gerichtliche Entscheidungsfindung und Regulierung des zwischenstaatlichen/interprovinziellen Handels. Alle Befugnisse, die der Föderalregierung in dieser Verfassung nicht ausdrücklich übertragen wurden, fallen vorbehaltlos den Regierungen der Bundesstaaten (Provinzen) oder dem gesamten Volk zu. Jeder Bundesstaat (jede Provinz) hat das Recht, unter der Voraussetzung, dass keine der grundlegenden Menschenrechte oder demokratischen Prinzipien dieser Charta verletzt werden, eine eigene Verfassung (Staatsverfassung) auszuarbeiten und umzusetzen sowie die allgemeinen Direktwahlen für den Regierungschef und das Parlament der Region abzuhalten.
2. **[Freier Faktorenverkehr und Verbot des lokalen Protektionismus] (Wirtschaftliche Mindestanforderung für Einheitlichkeit)** Während das politische Recht der Bundesstaaten (Provinzen) auf Selbstverwaltung garantiert wird, werden ihnen jegliche wirtschaftlichen Privilegien zur Zerstörung des einheitlichen nationalen Marktes absolut entzogen. Innerhalb des Territoriums der Föderation China gilt ein absolut einheitlicher und freier Binnenmarkt. Es ist jeder lokalen autonomen Regierung oder jedem Parlament strengstens untersagt, folgende Handlungen vorzunehmen:
 - Die Errichtung jeglicher Form von zwischenstaatlichen Zöllen, Transitgebühren oder unsichtbaren Handelsbarrieren;
 - Der Erlass diskriminierender Zugangsbarrieren und exklusiver Bestimmungen gegen auswärtige Unternehmen, Kapital, Waren oder Wanderarbeiter (einschließlich staatsübergreifend migrierender Bürger);
 - Der Einsatz lokaler Haushaltsmittel für bössartige, exklusive Subventionen, die den landesweiten fairen Wettbewerb zerstören. Jegliche lokalen Vorschriften und Verwaltungsanordnungen, die die wirtschaftliche Landschaft der Föderation fragmentieren oder den absolut freien Fluss von Waren und Bürgern behindern, sind von Anfang an absolut nichtig und unterliegen der zwingenden Aufhebung sowie der Normenkontrollprüfung durch den Obersten Föderalen Gerichtshof.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Politisch den "autoritären Zentralismus" aufbrechen, um eine echte Aufteilung der Macht zwischen Zentrum und Peripherie zu erreichen; wirtschaftlich die "absolute Einheit" verteidigen, um dem Chaos der "Fürstenwirtschaft" (Feudalwirtschaft) des alten Systems, bei dem Provinzen sich gegenseitig abschotteten und Barrieren errichteten, ein für alle Mal ein Ende zu setzen. **[Erwarteter Effekt]:** Ein politisches und wirtschaftliches Win-Win-Wunder: Politisch wird die Innovationskraft der lokalen Basis geweckt und die Rückkehr zu einer Diktatur durch übermäßige Zentralmacht grundlegend verhindert. Wirtschaftlich wird der weltweit größte Binnenmarkt mit 1,4 Milliarden Menschen ohne innere Reibungsverluste geschaffen. Jedes chinesische Unternehmen, das in diesem einheitlichen Markt frei konkurriert und gewinnt, wird ganz natürlich eine übermächtige, globale Wettbewerbsfähigkeit erlangen. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Die höchste Weisheit des Föderalismus besteht darin, dass "die Politik der lokalen Ebene und der Markt der gesamten Föderation gehört". Der Fehler des alten Systems lag darin, dass das Zentrum die Politik zu rigide kontrollierte, während die lokalen Ebenen wirtschaftlich jeweils für sich selbst kämpften. Dieser Artikel etabliert das Autonomieprinzip der "klaren roten Linien": Es wird sichergestellt, dass lokale Angelegenheiten von den Einheimischen selbst entschieden werden, um eine echte föderale Regierungsführung zu verwirklichen; gleichzeitig wird ausdrücklich klargestellt, dass die "Zuständigkeit für den zwischenstaatlichen Handel" als Schwert zur Kontrolle lokaler Fürsten dient, um zu garantieren, dass Kapital, Technologie und Talente in diesem Land absolut sicher und frei strömen können.

Artikel 10 [Fiskalischer Föderalismus und kommunale Steuerhoheit] Die Provinzen (Staaten) und Kommunalverwaltungen besitzen eine unabhängige Finanzhoheit sowie gesetzliche Besteuerungsrechte.

- **Finanzhoheit des Bundes (Negativliste/Beschränkungsliste):** Der Bund hat lediglich das Recht zur Erhebung von Körperschaftssteuer, Zöllen, staatenübergreifenden Transaktionssteuern und spezifischen Sondersteuern, die für die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung und Diplomatie erforderlich sind.
- **Lokale Finanzhoheit (Verbleibende Kompetenzen):** Mit Ausnahme der oben ausdrücklich aufgeführten Bundessteuern fallen alle verbleibenden Steuerkompetenzen (einschließlich Verbrauchssteuer, Immobiliensteuer, Ressourcensteuer usw.) sowie das Recht auf Veräußerung lokaler Vermögenswerte in den unabhängigen Besitz der jeweiligen Provinzen (Staaten) und Kommunen.
- **Verbot finanzieller Nötigung:** Der Bundesregierung ist es strengstens untersagt, sich durch an Bedingungen geknüpfte Finanzzuweisungen verdeckt in die gesetzgeberische und administrative Autonomie der Provinzen (Staaten) einzumischen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die juristische Basis zu schaffen, dass "der Geldbeutel auf lokaler Ebene liegt", um dem föderalen System einen soliden wirtschaftlichen Schutzwall zu bieten.

[Erwarteter Effekt]: Die versteckte Zentralisierung der Macht in der Form, dass "die Zentrale die Geldquellen kontrolliert und die lokalen Regierungen vom Atem anderer abhängig sind", wird komplett unterbunden. Lokale Regierungen haben so die Kraft, zu verfassungswidrigen Anweisungen "Nein" zu sagen. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Finanzielle Unabhängigkeit ist die Voraussetzung für Autonomie. Dieser Artikel verankert das höchste Prinzip, dass "verbleibende Steuerkompetenzen der lokalen Ebene gehören".

Artikel 11 [Verteidigungsmechanismus der Demokratie (Wehrhafte Demokratie)]

Organisationen, deren Ziel es ist, die durch diese Verfassung etablierte freiheitliche demokratische Grundordnung mit Gewalt oder unlauteren Mitteln zu zerstören oder zu stürzen, sind auf der Grundlage eines rechtmäßigen Urteils des Obersten Föderalen Gerichtshofs aufzulösen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Aufbau eines "Selbstverteidigungssystems" der demokratischen Institutionen. **[Erwarteter Effekt]:** Es soll verhindert werden, dass machtbesessene Diktatoren die Freiräume der Demokratie ausnutzen, um die Macht an sich zu reißen.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Sicherstellung, dass Freiheit nicht dazu genutzt wird, die Freiheit zu vernichten; Gewährleistung des dauerhaften Friedens und der Stabilität der rechtsstaatlichen Ordnung der Nation.

Kapitel 2: Staatsorgane und Gewaltenteilung (Checks and Balances)

Artikel 12 [Föderaler Kongress und regionale Gesetzgebungsorgane] (Höchste Gesetzgebungsgewalt und absolute Finanzkontrolle)

1. **[Zweikammerstruktur und Arbeitsteilung des Föderalen Kongresses]** Die höchste föderale Gesetzgebungsgewalt obliegt ausschließlich dem Föderalen Kongress Chinas, der aus dem Repräsentantenhaus und dem Senat besteht.
 - **Repräsentantenhaus (Repräsentant des Bevölkerungswillens):** Die Abgeordneten werden in direkter Wahl proportional zur Bevölkerung der landesweiten Wahlkreise gewählt. Als das der Basismeinung am nächsten stehende Organ besitzt es das ausschließliche "Initiativrecht" für alle Gesetzentwürfe betreffend Steuererhebung, Ausgabe von Staatsanleihen und Haushaltszuweisungen (jedes Gesetz, das Geld von den Bürgern verlangt, muss zuerst vom Repräsentantenhaus eingebracht werden).
 - **Senat (Repräsentant des Willens der Provinzen/Bundesstaaten):** Unabhängig von der Bevölkerungsgröße der Provinz/des Bundesstaates wählt jede Provinz fest zwei Senatoren, die von den Wählern dieser Provinz direkt gewählt werden. Als Organ zur Wahrung der föderalen Gewaltenteilung besitzt er das ausschließliche "Recht auf öffentliche Anhörung und Bestätigung" der vom Präsidenten nominierten Kabinettsminister und diplomatischen Vertreter im Ausland sowie das endgültige Ratifizierungsrecht für internationale Verträge.
2. **[Zentrale exklusive Befugnisse des Kongresses (Positivliste)]** Der Kongress besitzt höchste exklusive Befugnisse, die nicht an exekutive Organe delegiert werden dürfen:
 - **Ausschließliche Gesetzgebungsgewalt:** Alle zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Gesetze auf föderaler Ebene können nur vom Kongress erlassen werden. Der Präsident hat absolut kein Recht, Gesetze durch "Exekutiverlasse (Executive Orders)" oder "interne Vorschriften" zu ersetzen, Straftatbestände zu schaffen oder bürgerliche Freiheiten einzuschränken.
 - **Absolute Finanzkontrolle (Geldbeutel):** Verankerung des eisernen Gesetzes "Keine Besteuerung ohne Repräsentation, keine Mittelzuweisung ohne Gesetz". Der Jahreshaushalt, Steueranpassungen und die Schuldenobergrenze der Föderalregierung müssen von beiden Kammern des

Kongresses verabschiedet werden.

- **Genehmigungsrecht für Krieg und Ausnahmezustand:** Der Präsident hat nicht das Recht, einseitig den Krieg oder einen langfristigen Ausnahmezustand zu erklären. Ohne die vorherige oder nachträgliche (binnen 48 Stunden) Genehmigung des Kongresses mit einer absoluten Zweidrittelmehrheit darf der Präsident die föderalen Streitkräfte nicht zur Teilnahme an in- oder ausländischen bewaffneten Konflikten einsetzen und auch keinerlei Bürgerrechte aussetzen.
3. **[Strikte Checks and Balances zwischen Kongress und Präsident (Anziehen der exekutiven Zügel)]**
- **Mechanismus der Mittelblockade:** Wenn der Präsident exekutive Projekte durchsetzt, die dem Willen des Volkes zuwiderlaufen, hat der Kongress das Recht, im jährlichen Haushaltsgesetz eine "gezielte Verweigerung der Mittelzuweisung" für dieses spezifische Projekt vorzunehmen. Sollten der Präsident und das Kabinett es wagen, Staatsgelder ohne Zustimmung des Kongresses eigenmächtig zu veruntreuen, so stellt dies sofort das "höchste Verbrechen des Amtsmissbrauchs" dar, in das die Unabhängige Staatsanwaltschaft direkt eingreift.
 - **Vorladungs- und Untersuchungsrecht:** Die ständigen Ausschüsse des Kongresses besitzen das gesetzliche Untersuchungs- und Vorladungsrecht. Jeder Exekutivbeamte, Technokrat und militärische Befehlshaber unter dem Kommando des Präsidenten muss sich bedingungslos den öffentlichen Anhörungen und Befragungen des Kongresses stellen; Meineid wird als föderales Verbrechen angeklagt.
 - **Überstimmung des legislativen Veto-Rechts:** Wenn der Präsident sein Veto gegen einen vom Kongress verabschiedeten Gesetzentwurf einlegt, haben beide Kammern des Kongresses das Recht, jeweils mit einer absoluten Mehrheit von mehr als zwei Dritteln erneut abzustimmen, um das Veto des Präsidenten zwangsweise zu überstimmen und das Gesetz direkt in Kraft treten zu lassen.
4. **[Machtverbotszonen des Kongresses (Negativliste)]** Um zu verhindern, dass der Kongress zu einer "Tyrannei der Mehrheit" verkommt, unterliegt die Gesetzgebungsgewalt des Kongresses folgenden absoluten Beschränkungen:
- Es ist strengstens verboten, rückwirkende Gesetze zur Entziehung bestehender Rechte (Rückwirkungsverbot) oder Gesetzesentwürfe zur Verurteilung ohne Gerichtsverfahren (Bill of Attainder) zu erlassen.
 - **Verteidigung der Unabhängigkeit der Zentralbank und digitale Transparenz:** Obwohl der Kongress die Steuer- und Haushaltsgewalt innehat, hat er absolut kein Recht, der "Föderalen Zentralbank" den Druck von Geld zur Deckung von Haushaltsdefiziten zu befehlen (Verbot der Monetarisierung von Haushaltsdefiziten). Alle vom Kongress verabschiedeten Haushaltszuweisungsgesetze und Geldflüsse müssen in Echtzeit an das [Föderale Super-Digital-Zentrum] angebunden werden und unterliegen einer umfassenden Open-Source-Prüfung durch das gesamte Volk.

5. **[Parlamente der Provinzen/Bundesstaaten und Städte/Landkreise (Einkammer-Effizienzprinzip)]**

- **Effizienzprinzip:** Um die Effizienz der lokalen Verwaltung sicherzustellen und die finanzielle Belastung der Steuerzahler zur Finanzierung von Politikern drastisch zu reduzieren, wenden die lokalen Gesetzgebungsorgane aller Provinzen (Bundesstaaten) sowie Städte und Landkreise der Föderation China ausnahmslos ein "Einkammersystem" an. Die Einrichtung eines Zweikammersystems durch lokale Regierungen ist gesetzlich absolut verboten.
- **Lokale Gesetzgebungsgewalt:** Die lokalen Parlamente werden von den Bürgern ihres Zuständigkeitsbereichs direkt gewählt. Sie sind verantwortlich für die Ausarbeitung der Provinzverfassung (unter der Voraussetzung, dass diese der föderalen Charta nicht widerspricht) und lokaler Gesetze und üben die Haushaltsgenehmigung und kommunale Kontrolle über den Regierungschef der entsprechenden Ebene (Gouverneur/Bürgermeister) aus.

[Gesetzgeberisches Ziel]:

- **Beschlagnahme der höchsten Machtinstrumente:** Der Exekutive wird der totalitäre Kreislauf des "selbst Gesetze erlassens, selbst Steuern erhebens, selbst Geld ausgebens" vollständig entzogen. Der "Geldbeutel" und das "Gesetzesinitiativrecht" werden fest in den Händen des durch direkte Volkswahlen gewählten Kongresses verankert.
- **Aufbau eines doppelten Gleichgewichts:** Auf föderaler Ebene wird durch das Zweikammersystem ein Gleichgewicht zwischen "Bevölkerungsstimmen" und "territorialer Gleichheit" erreicht; auf lokaler Ebene wird ein obligatorisches "Einkammersystem" eingeführt, um flache Entscheidungsstrukturen für bürgernahe Angelegenheiten wie Straßenbau und Schulwesen sicherzustellen und zu verhindern, dass die Lokalpolitik in endlosen Streitigkeiten und internen Reibereien versinkt.

[Erwarteter Effekt]:

- **Transparente Haushalte und "Verarmung" des Präsidenten:** Der Präsident wird feststellen, dass er zwar nominell der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, aber wenn er den Kongress nicht mit Vernunft und politischen Erfolgen überzeugen kann, nicht einmal die Treibstoffkosten für das Präsidentenflugzeug genehmigt bekommt. Dies wird den Präsidenten radikal dazu zwingen, sich vom "Herrscher" in einen dem Kongress und den Wählern gegenüber äußerst demütigen "Chief Executive Officer" (CEO) zu verwandeln.
- **Besonnenheit bei Entscheidungen und Agilität für die Bürger:** Föderale Gesetze betreffen die Lebensader der Nation; das gegenseitige Ziehen und Zerren des Zweikammersystems wird den Erlass schlechter Gesetze extrem erschweren (lieber Ineffizienz als zerstörerische Hocheffizienz). Die Einkammersysteme der lokalen Parlamente stellen hingegen sicher, dass lokale Vorschriften für Müllabfuhr, kommunale Sicherheit usw. rasch erlassen werden und äußerst sensibel auf die Bedürfnisse des einfachen Volkes reagieren.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Das Initiativrecht des Repräsentantenhauses für Finanzgesetze verankert den Grundsatz "Keine Besteuerung ohne Repräsentation"; das

ausdrückliche Verbot für den Kongress, die Zentralbank zum Gelddrucken zu zwingen, schließt die Hintertür für Kongressabgeordnete, um sich bei den Wählern durch "Wohlfahrtsversprechen durch unbegrenzte Schulden" (Vermeidung der Argentinisierung) einzuschmeicheln. Gleichzeitig bilden die Checks and Balances des Kongresses zusammen mit der "sofortigen Abberufung durch das gesamte Volk" nach Artikel 21 ein lückenloses Anti-Diktatur-Netz, das nach dem Prinzip funktioniert: "Konventionelle Mittel beruhen auf der Haushaltsblockade durch den Kongress, extreme Mittel beruhen auf dem Knopfdruck des gesamten Volkes."

Artikel 13 [Föderaler Präsident] (Höchste Exekutivgewalt und Machtgrenzen)

1. **[Entstehungsweise und Festschreibung der Amtszeit]** Der föderale Präsident wird vom gesamten Volk in direkter, allgemeiner Wahl nach dem Prinzip "Ein Mensch, eine Stimme" gewählt. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre, es gilt das absolute Prinzip der Begrenzung auf "eine einzige Amtszeit auf Lebenszeit". Jede Person darf in ihrem Leben nur eine einzige Amtszeit als föderaler Präsident absolvieren. Jeder Versuch der Wiederwahl, des Verbleibs im Amt oder der verdeckten Verlängerung der Amtszeit durch Verfassungsänderung gilt automatisch als Hochverrat und Verfassungsbruch und löst das Widerstandsrecht des gesamten Volkes aus.
2. **[Zentrale Befugnisse (Positivliste)]** Der Präsident agiert als Staatsoberhaupt und Regierungschef; seine Macht ist streng auf die folgenden föderalen Exekutivaufgaben beschränkt:
 - **Administrative Führungsgewalt:** Führung des Kabinetts, Ausführung der vom Kongress verabschiedeten Gesetze, Koordinierung des täglichen Betriebs der föderalen Regierung.
 - **Diplomatische und militärische Führungsgewalt:** Repräsentation der Föderation China nach außen, Abschluss von Verträgen (bedarf der Zustimmung des Kongresses); als Oberbefehlshaber der föderalen Streitkräfte verantwortlich für die nationale Verteidigung und Sicherheit.
 - **Eingeschränktes Nominierungsrecht:** Besitzt das Nominierungsrecht für Kabinettsminister und diplomatische Vertreter im Ausland, jedoch müssen alle Nominierungen durch den Senat in öffentlichen Anhörungen und mit einfacher Mehrheit bestätigt werden, bevor sie in Kraft treten.
3. **[Machtverbotszonen (Negativliste und Machtentzug)]** Um zu verhindern, dass die Exekutivgewalt in eine Diktatur umschlägt, unterliegt die Macht des Präsidenten folgenden absoluten Verboten:
 - **Personelle Verbotszone:** Es ist dem Präsidenten strengstens verboten, in die personellen Besetzungen von verfassungsmäßig unabhängigen Beamten, die direkt vom Volk gewählt wurden, einzugreifen, diese zu nominieren oder zu ernennen, wie z. B. Richter des Obersten Gerichtshofs, den Föderalen Generalstaatsanwalt, den Präsidenten der Zentralbank und den Nationalen Rechnungsprüfer.
 - **Justiz- und Begnadigungsverbot:** Der Präsident hat absolut kein Recht, sich in konkrete Gerichtsverfahren und strafrechtliche Ermittlungen einzumischen. Sein präsidentielles Begnadigungsrecht darf absolut nicht auf Fälle angewendet werden, in denen die "Föderale Unabhängige

Staatsanwaltschaft" Anklage wegen Korruption von Amtsträgern, Wahlbetrug, Amtsmissbrauch und Hochverrat erhoben hat, wodurch die Hintertür für den Präsidenten zur Begünstigung von Vertrauten oder zur Selbstbegnadigung vollständig geschlossen wird.

- **Fiskalische Verbotszone:** Der Präsident und sein Kabinett haben nicht das Recht, ohne Zustimmung des Kongresses eigenmächtig Staatsgelder umzuverteilen, neue Steuern einzuführen oder Staatsschulden aufzunehmen.

4. [Horizontale Checks and Balances]

- **Abhängigkeit von der Legislative:** Kein vom Präsidenten erlassener Exekutiverlass darf geltenden Gesetzen widersprechen. Der Kongress hat das Recht, durch "Verweigerung der Mittelzuweisung" administrative Maßnahmen des Präsidenten zur rechtswidrigen Machterweiterung lahmzulegen.
- **Abhängigkeit von Justiz und Kontrolle:** Exekutive Handlungen des Präsidenten unterliegen jederzeit der Normenkontrollprüfung (Erlass von einstweiligen Verfügungen) durch die föderalen Gerichte; sein persönliches Verhalten und das der Kabinettsmitglieder ist vollständig strafrechtlichen Ermittlungen durch die Föderale Unabhängige Staatsanwaltschaft ausgesetzt und genießt keine Immunität vor strafrechtlichen Untersuchungen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Etablierung eines Systems für einen modernen "Chief Executive Officer", der "stark in der Umsetzung, schwach in Privilegien und unter strenger Beobachtung" ist. Das politische Trugbild eines "großen Präsidenten" oder "weisen Monarchen" endgültig beenden. **[Erwarteter Effekt]:**

- **Ende des Wahlkalküls:** Durch die "einzelne Amtszeit auf Lebenszeit" werden politische Ambitionen endgültig blockiert und der Präsident gezwungen, jegliches Kalkül zur Befriedigung von Interessengruppen für die nächste Wiederwahl aufzugeben, sodass er sich fünf Jahre lang auf echte Sacharbeit konzentrieren muss.
- **Ziehen des diktatorischen Giftzahns:** Durch eine klare Negativliste wird der dunkle Arm des Präsidenten, mit dem Begnadigungsrecht korrupte Beamte zu schützen und mit dem Nominierungsrecht Vertraute zu platzieren, radikal abgeschnitten und er fest in der Position eines "ausführenden Administrators" fixiert. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Obwohl die Macht des föderalen Präsidenten direkt aus der direkten Wahl durch 1,4 Milliarden Bürger stammt und damit eine extrem hohe demokratische Legitimität besitzt, bedeutet dies keineswegs "The Winner Takes It All". Die Essenz dieses Artikels liegt in der **"Machtaufteilung"**: Dem Präsidenten wird die Kontrolle über das "Messer" (Unabhängige Staatsanwaltschaft und Gerichte) und den "Geldbeutel" (Zentralbank und Kongress) entzogen. Der Präsident ist nur der Steuermann dieses riesigen Staatsschiffes, aber die Baupläne (Gesetze), der Treibstoff (Haushalt) und die Schiedsrichter (Gerichte) liegen nicht in seiner Kontrolle. In Kombination mit dem "jederzeitigen Abberufungsrecht durch das gesamte Volk" nach Artikel 21 wird der Präsident wahrlich zum "Ersten Diener" werden, der mit höchster Vorsicht agiert, als ob er auf dünnem Eis wandelt.

Artikel 14 [Verstaatlichung der Armee, Kontrolle der Streitkräfte und Kommunalisierung der Polizei]

- **Zivile Kontrolle des Militärs und militärische Neutralität:** Die föderalen Streitkräfte müssen uneingeschränkte Loyalität gegenüber der Verfassung zeigen, nicht gegenüber einer politischen Partei. Es ist dem Militär strengstens verboten, sich in die Politik einzumischen. Aktive Militärangehörige dürfen keine Kabinettsmitglieder sein; der Verteidigungsminister muss ein Zivilist ohne militärisches Amt sein. Dem Militär ist es strengstens untersagt, sich an gewinnorientierten geschäftlichen Aktivitäten zu beteiligen.
- **Verbot des inländischen Truppeneinsatzes (Anti-Inlandseinsatz-Prinzip):** Die reguläre föderale Armee ist ausschließlich für die Verteidigung gegen äußere Feinde und die nukleare Abschreckung zuständig. Es ist ihr strengstens verboten, im Inland jegliche polizeilichen, stabilitätserhaltenden oder repressiven Aufgaben durchzuführen. Abgesehen von der Invasion durch ausländische Feinde oder verheerenden Naturkatastrophen (auf formelles Ersuchen des Staatsparlaments) dürfen die föderalen Truppen inländische Städte und Gemeinden nicht betreten.
- **Kommunalisierung und Entmilitarisierung der Polizei:** Das zentralisierte polizeiliche Kommandosystem wird abgeschafft. Die Polizeichefs der Städte/Landkreise werden von den örtlichen Einwohnern direkt gewählt oder von den gewählten Kommunalverwaltungen ernannt; sie sind ausschließlich den lokalen Gesetzen und den Wählern verantwortlich. Polizeiorganisationen dürfen nicht mit Panzern, schweren Maschinengewehren oder anderen offensiven militärischen Waffen ausgestattet werden, um zu verhindern, dass sie zu einer "zweiten Armee" mutieren.
- **Doppelschlüsselsystem und technische Überwachung:** Nutzung von Netzwerken zur Einrichtung eines Echtzeit-Überwachungssystems für militärische Vorräte der gesamten Armee. Jegliche Verlegung schwerer Waffen und die Entriegelung der Feuerkontrolle erfordert gleichzeitig die doppelte elektronische Signatur-Authentifizierung durch den "Präsidentiellen Exekutivbefehl" und den "Autorisierungscode des Kongresses"; andernfalls wird das System automatisch physisch unterbrochen und verriegelt.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Der Gewaltmaschinerie doppelte Fesseln aus "Recht" und "Technologie" anlegen, um den historischen Fluch "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" endgültig zu beenden. **[Erwarteter Effekt]:** Durch physische Trennung (Trennung von Militär und Polizei) und technische Abschaltmechanismen sicherstellen, dass die Armee niemals zur privaten Leibgarde eines Diktators werden kann. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Die Armee ist der Schild nach außen und darf niemals zum Bajonett nach innen werden. Die Polizei ist der Beschützer der Gemeinde und darf niemals zur Kralle der Zentrale werden.

Artikel 15 [Oberster Föderaler Gerichtshof] (Nationale höchste rechtsprechende Gewalt und Normenkontrollprüfung)

1. **[Entstehungsweise und unabhängiger Status]** Die Richter des Obersten Föderalen Gerichtshofs werden vom gesamten Volk in direkter Wahl nach dem Prinzip "Ein Mensch, eine Stimme" gewählt und haben eine lebenslange Amtszeit. Das Justizsystem ist in Bezug auf Personalernennungen, Finanzhaushalt und interne Verwaltung absolut getrennt von und unabhängig von der Exekutive und Legislative.

2. **[Zentrale Funktionen und Grenzen der Rechtsprechung] (Trennung von Tatsachen- und Rechtsprüfung)** Übt die höchste reguläre richterliche Entscheidungsgewalt des Staates und das endgültige Recht auf Normenkontrollprüfung aus. Als höchste Berufungsinstanz der Föderation China in zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Klagen sowie in Verfassungsstreitigkeiten (ausgenommen bestimmte Fälle, die einen Volksentscheid auslösen). In der Justizpraxis werden das Common-Law-System und das zweigleisige Geschworenensystem strikt aufrechterhalten, und es gelten folgende Grenzen der Rechtsprechung:
 - **Tatsachenprüfung:** Das zweigleisige Geschworenensystem findet ausschließlich Anwendung bei Strafverfahren und bei bedeutenden Zivilverfahren mit Tatsachenstreitigkeiten; die Geschworenen haben die absolute Macht über die Feststellung der Tatsachen.
 - **Rechtsprüfung:** Die "Normenkontrollprüfung (Verfassungsklage)" bezüglich präsidentieller Exekutivbefehle, der Gesetzgebung des Kongresses und Konflikten bei Gesetzesartikeln ist eine reine Rechtsprüfung, bei der die Anwendung einer Jury absolut ausgeschlossen ist. Verfassungsrechtliche Entscheidungen werden von den Richtern des Obersten Föderalen Gerichtshofs, die die höchste demokratische Autorisierung repräsentieren, unabhängig getroffen und haben endgültige rechtsverbindliche Kraft.
3. **[Mechanismus der Checks and Balances] (Horizontaler Gegensteuerungsmechanismus)** Der Oberste Föderale Gerichtshof ist die letzte institutionelle Festung zur Blockade behördlicher Grenzüberschreitungen, zum Schutz des Privateigentums und der Freiheit der Bürger sowie zur Verteidigung der Würde der Verfassung:
 - **Kontrolle der Exekutive (Präsident und Kabinett):** Besitzt die absolute, letztinstanzliche Entscheidungsgewalt im Verwaltungsstreitverfahren (Bürger klagt gegen Behörde). Hat das Recht, einstweilige Verfügungen gegen verfassungswidrige oder kompetenzüberschreitende Handlungen der Föderalregierung und aller exekutiven Behörden zu erlassen, und hat das Recht, Exekutivbefehle des Präsidenten direkt als "verfassungswidrig" zu erklären und zwingend aufzuheben.
 - **Kontrolle der Legislative (Kongress):** Besitzt die letztinstanzliche Normenkontrollbefugnis über die Gesetzgebung des Kongresses. In der Verhandlung konkreter Fälle hat es das Recht, Gesetzesartikel, die Grundrechte der Bürger verletzen oder dem Geist dieser Charta widersprechen, direkt als "verfassungswidrig und absolut nichtig" zu erklären (d. h. Aufhebung schlechter Gesetze), um durch gerichtliche Entscheidungen Strenge und Zurückhaltung der gesetzgebenden Organe zu erzwingen.
 - **Kontrolle der Strafverfolgungsbehörde (Föderale Staatsanwaltschaft):** Umsetzung der "absoluten Trennung von Anklage und Urteil". Die Unabhängige Staatsanwaltschaft hat lediglich das Ermittlungs- und Anklagerecht; jede von ihr vorgebrachte strafrechtliche Beschuldigung muss zur Verurteilung durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung und die

Tatsachenfeststellung einer Jury gehen, um vollständig zu verhindern, dass die Anklagegewalt zu einem Instrument politischer Verfolgung degeneriert.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Aufbau einer ultimativen juristischen Verteidigungslinie, die unabhängig von jeglichen Exekutivbefehlen und politischen Fraktionen ist. Mit der höchsten Zwangsgewalt des Gerichts soll der Eingriff der "öffentlichen Gewalt in private Rechte" abgeriegelt werden und dieses als der einzige und letzte offizielle Verteidiger der föderalen Verfassung fungieren. **[Erwarteter Effekt]:** Brechen des Abhängigkeitszustands des alten Systems, in dem das Gericht als "Werkzeug der Regierung zur Aufrechterhaltung der Stabilität" fungierte. Sicherstellen, dass die obersten Richter über ausreichend rechtlichen Rückhalt verfügen, um dem Exekutivchef Paroli zu bieten, und dass sie nur der Verfassung und dem Willen des Volkes verantwortlich sind. Bei verfassungsmäßigen Krisen des Staates oder politischen Turbulenzen hat der Oberste Gerichtshof die höchste, endgültige Entscheidungsgewalt. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Im alten System wurden Richter vom Exekutivchef ernannt oder ihr Aufstieg wurde von ihm kontrolliert; bei "Bürgerklagen gegen Behörden" bevorzugten sie unweigerlich die Regierung. Dieser Artikel etabliert die **"Ursprünglichkeit"** der rechtsprechenden Gewalt – die Macht der Richter leitet sich direkt von den Wählerstimmen des gesamten Volkes ab. Diese Klausel lehnt nicht nur die Redundanz eines parallelen, unabhängigen "Verfassungsgerichts" ab, sondern zieht auch eine klare Machtgrenze: **"Die Jury kümmert sich um die Tatsachen, die obersten Richter kümmern sich um Verfassungswidrigkeit."** Diese parallele demokratische Autorisierung und die strenge Aufteilung der Rechtssprechung stellen sicher, dass das Gericht bei der Verurteilung hochrangiger Beamter, einschließlich des Präsidenten, weder seine Kompetenzen bei der Tatsachenfeststellung überschreitet, noch irgendwelchen politischen Einschränkungen durch Respektlosigkeit gegenüber Vorgesetzten unterliegt. Es bildet innerhalb des Staatsapparates ein unzerstörbares Dreieck der "horizontalen Checks and Balances".

Artikel 16 [Common-Law-System, zweigleisiges Geschworenensystem und letztinstanzliches Urteil durch Volksentscheid] (Justizielle Souveränität beim Volk)

1. **[Abschaffung des bürokratischen Rechtssystems, umfassende Einführung des Common Law]** Die Föderation China schafft das alte kontinentaleuropäische Rechtssystem, bei dem das Interpretationsrecht von einer kleinen politischen Elite und Bürokraten monopolisiert wird, vollständig ab; sie etabliert vollumfänglich und setzt das Common-Law-System (Fallrecht) konsequent durch. Das Recht ist nicht länger ein von der herrschenden Klasse von oben nach unten verordnetes Kontrollinstrument, sondern ein Konsens, der sich von unten nach oben aus dem Gewissen des Volkes, dem gesunden Menschenverstand, den Gewohnheiten und dem Gesellschaftsvertrag entwickelt hat. Etablierung des Prinzips **"Stare decisis" (Bindung an Präzedenzfälle)**; die etablierten Präzedenzfälle der Gerichte aller Instanzen haben strikte rechtliche Bindungswirkung für nachfolgende ähnliche Fälle. Fälle, die durch die höchste Ebene des Volkswillens (Volksentscheid) entschieden wurden, werden automatisch als "Super-Präzedenzfälle" mit verfassungsrechtlichem Status verankert, an die sich die Exekutivorgane und alle Gerichte ausnahmslos halten müssen; keine Institution darf sie aufheben.
2. **[Zweigleisiges Geschworenensystem] (Urteil durch Gleichgestellte und**

Tatsachenfeststellungsrecht) Etablierung des absoluten Prinzips, dass "die richterliche Entscheidungsgewalt dem Volk gehört". Umfassendes Vertrauen in das einfache Gerechtigkeitsempfinden und den moralischen gesunden Menschenverstand der Bürger. In Strafverfahren und bedeutenden Zivilverfahren haben die Parteien das absolute Recht, die Einleitung eines "zweigleisigen Geschworenengerichtsverfahrens" zu verlangen:

- **Vor-Ort-Jury:** Besteht aus gewöhnlichen Bürgern, die zufällig aus dem Gerichtsbezirk ausgewählt werden; zuständig für die Anhörung des Prozesses und die Beweiswürdigung.
- **Online-Jury (Anti-Interventions-Mechanismus):** Gestützt auf die nationale digitale Verwaltungsplattform wird das System in Fällen, die lokale Machtgruppen, erhebliche Beamtenkorruption beinhalten oder extrem umstritten sind, blind und zufällig einfache Bürger aus dem gesamten föderalen Gebiet zu einer "Online-Jury" ziehen. Diese nehmen über verschlüsselte Live-Übertragungen am Prozess teil und liefern ein unabhängiges und von lokalen Bedrohungen unbeeinflusstes Kreuzurteil.
- **Rechtsstaatliche Untergrenze:** Die Jury ist alleinig zuständig für die "Tatsachenfeststellung" und das Urteil über "Schuldig/Nicht schuldig". Der Richter fungiert lediglich als Aufrechterhalter des Verfahrensablaufs und als "Strafmaßbemesser" für die anwendbare Haftstrafe. Der Richter hat absolut kein Recht, das Urteil der Jury über die Tatsachen und den Schuldspruch aufzuheben.

3. **[Letztinstanzliches Urteil durch Volksentscheid]** Etablierung des Prinzips, dass "die endgültige Entscheidungsgewalt über alle Fälle dem gesamten Volk gehört". Bei Fällen, die gewaltige soziale Kontroversen, schwerwiegende ethische Konflikte oder rechtswissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten auslösen, können die Bürger nach Ausschöpfung der regulären Rechtswege über ein gesetzliches Online-Petitionsverfahren den Fall zur "richterlichen Entscheidung durch das gesamte Volk" (Volksabstimmung) einreichen. Das durch das Volksreferendum getroffene Urteil ist das endgültige Urteil in diesem Fall; kein Gericht, keine Regierung und keine Einzelperson darf es aufheben, und es sind keine Einsprüche zulässig.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Das Monopol der "juristischen Eliten" und der "Bürokratenklasse" über die Rechtsprechung und die Gesetzesinterpretation vollständig zu brechen und die Macht über Leben und Tod des Gesetzes wieder in die Hände der normalen Bürger mit gesundem Menschenverstand zu legen, um eine echte Rückkehr der justiziellen Souveränität zu verwirklichen. **[Erwarteter Effekt]:**

- **Verhinderung von Justizdiktatur und lokalen mafiösen Kräften:** Das "zweigleisige Geschworenengerichtssystem", das Vor-Ort- und Online-Elemente kombiniert, stellt sicher, dass kein Machthaber das Urteil manipulieren kann, indem er einen einzelnen Richter besticht oder die lokale Bevölkerung bedroht.
- **Gleichklang von Recht und Volkswillen:** Durch das Common-Law-Präzedenzrecht und das letztinstanzliche Urteil per Volksentscheid wird sichergestellt, dass jede wichtige Entscheidung und die Entwicklung jedes Gesetzes der Überprüfung durch die Geschichte und das einfache Gerechtigkeitsempfinden des gesamten Volkes

standhalten kann. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Die judikative Macht stammt vom Volk. Unter dem System des kodifizierten Rechts können Richter leicht zu Diktatoren des Rechts degenerieren; während die Kombination aus dem Common-Law-System und dem zweigleisigen Geschworenensystem das uneingeschränkte Vertrauen des neuen Regimes in die Weisheit der Bürger beweist. Wenn reguläre Justizmechanismen versagen oder von der sozialen Gerechtigkeit abweichen, hat der Souverän (das gesamte Volk) das absolute Recht, das Gericht zu übergehen und direkt die letztinstanzliche Entscheidungsgewalt auszuüben. Dieser Artikel verkündet: In der Föderation China ist der gesunde Menschenverstand des Volkes das höchste Gesetz.

Artikel 17 [Föderales Super-Digital-Zentrum und Blockchain-Fundament] (Digitale Vierte Gewalt und manipulationssicherer Mechanismus auf allen Ebenen)

1. **[Blockchain-Fundament und absolut neutraler Status]** Einrichtung eines "Föderalen Super-Digital-Zentrums". Dieses Zentrum als hochintelligentes und extrem vereinfachtes digitales Regierungsbetriebssystem ist personell und physisch absolut unabhängig. Die Kernverwaltungsaufgaben des Zentrums (insbesondere landesweite Wählerstimmenauszählung, Abberufungsreferenden, Mittelzuweisungen aus der Staatskasse) müssen auf einem dezentralisierten Blockchain- und Smart-Contract-Netzwerk aufgebaut werden. Jegliche Daten, die souveräne Autorisierung und Ressourcenverteilung betreffen, unterliegen – sobald sie auf der Blockchain (On-Chain) sind – kryptografischem Schutz und sind absolut manipulationssicher.
2. **[Globale Durchdringung und umgekehrter Kontrollmechanismus]** Etablierung des eisernen Gesetzes der "globalen Durchdringung und zweiseitigen Kontrolle": Das Zentrum durchdringt nach unten hin die administrativen Daten aller Ministerien und verwirklicht so eine vollständige, ungeschützte Transparenz der öffentlichen Macht; sämtliche Exekutiv- und Justizorgane besitzen gegenüber dem Zentrum ein "gesetzliches umgekehrtes Kontrollrecht" und können jederzeit die algorithmische Neutralität des Zentrums retrograd prüfen und die Einfrierung seiner unzulässigen Berechtigungen beantragen, um sicherzustellen, dass das Zentrum nicht zu einer technologischen Hegemonie wird.
3. **[Vollständiger Open Source und Echtzeit-Selbstnachweis im laufenden Betrieb] (Online-Vertrauensbasis)** Das föderale digitale Zentrum muss der globalen Technologie-Community seinen zugrundeliegenden Quellcode und die Auszählungsalgorithmen zu 100 % quelloffen (Open Source) zur Verfügung stellen und schreibgeschützte "Echtzeit-Verifizierungsschnittstellen (APIs)" öffnen. Globale Bürger und Institutionen können jederzeit über Skripte einen White-Box-Abgleich der "Echtzeit-Digital-Fingerabdrücke (Hashes)" des laufenden Systems durchführen; sobald eine Diskrepanz der Fingerabdrücke auftritt, wird ein Verfassungsbruch-Alarm ausgelöst.
4. **[Verhinderung von Schattensystemen und Recht auf physische Vor-Ort-Überprüfungsflüge] (Offline-Garantie der ultimativen Realität)** Um den Regierungen die Fälschung "demonstrativer digitaler Sandboxen" und den heimlichen Betrieb von "Schatten-Diktatur-Systemen" vollständig unmöglich zu machen, gewährt diese Charta zivilgesellschaftlichen Entitäten das "Recht auf

Penetrationsprüfung physischer Infrastruktur". Jede rechtmäßig registrierte unabhängige Technologieorganisation, zivilgesellschaftliche Überwachungsgruppe oder Vertreter der Oppositionsparteien hat das Recht, beim Obersten Gerichtshof oder der Unabhängigen Staatsanwaltschaft einen "Antrag auf physische Überprüfungsflüge von Serverräumen" zu stellen. Die prüfende Organisation hat das Recht, mit eigenen physischen Prüfgeräten ausgestattet, direkt das physische Kerndatenzentrum des Föderalen Digital-Zentrums zu betreten und vor Ort, in Echtzeit und ohne vorherige Ankündigung eine physische Überprüfung (Razzia) durchzuführen.

5. **[Interne Whistleblower-Amnestie und globales System der Belohnung und Rechenschaftspflicht] (Die ultimative psychologische Kriegsführung zur Zerschlagung interner Allianzen)** Etablierung eines "Aufrufs zur Belohnung für nationale digitale Antikorruption und Fehlerkorrektur" und Einstufung des **[Schutz- und Amnestiemechanismus für interne Whistleblower]** als höchste Priorität:

- **Absolute interne Amnestie und hohe Belohnung:** Jeder Techniker oder Bürokrat innerhalb des Systems, der auf Anweisung oder unter Zwang von oben an der Programmierung von Betrugscodes, der Einrichtung von Schattensystemen oder der Verheimlichung echter Daten beteiligt war, erhält, sofern er vor der Aufdeckung proaktiv dem Obersten Gerichtshof oder der Unabhängigen Staatsanwaltschaft stichhaltige Beweise (wie Quellcode, Geheimprotokolle, Kommunikationsaufzeichnungen oder physische Belege) vorlegt, nicht nur absolute strafrechtliche Immunität (Befreiung von allen Anklagen wegen Verfassungsbruch und Hochverrat) und lebenslangen Schutz der Identitätsanonymität, sondern auch exklusiven Anspruch auf eine gigantische gesetzliche, steuerfreie Prämie auf nationaler Ebene.
- **Globales Hacker-Crowdsourcing:** Jeder Weltbürger oder White-Hat-Hacker, der durch externe Prüfungen Hintertüren im Zentrum entdeckt, hat ebenfalls Anspruch auf gewaltige Belohnungen.
- **Grenzenlose Rechenschaftspflicht für Drahtzieher:** Beamte, die als Drahtzieher die Manipulation des Systems oder den Aufbau von "Schattennetzwerken" planen oder anordnen, werden sofort aller öffentlichen Ämter enthoben, sobald sie durch interne Whistleblower oder globale Mechanismen enttarnt werden. Die Unabhängige Staatsanwaltschaft wird gegen sie eine äußerst strenge Strafverfolgung wegen "höchsten Hochverrats" und "Subversion der Staatsgewalt" einleiten; jegliche Form der Begnadigung ist hierbei absolut ausgeschlossen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Das erste staatliche Betriebssystem in der Geschichte der Menschheit aufzubauen, das auf den Säulen der "Zero-Trust-Architektur" und des "kryptografischen Konsenses" beruht. Code-Open-Source zur Verhinderung algorithmischer Black-Boxes, physische Vor-Ort-Inspektionen zum Durchstechen der Matrix-Illusion und den Whistleblower-Mechanismus zur vollständigen Zerstörung der internen Vertrauensketten in totalitären Verschwörungen. **[Erwarteter Effekt]:** Diktatoren in eine ewige "Kette des Verdachts" und das "Gefangenendilemma" stürzen: Unter diesem Mechanismus wird jeder Präsident oder Minister, der Wahlbetrug begehen will, verzweifelt feststellen, dass er dieses

vernichtende Geheimnis mit mehreren bis dutzenden normalen Programmierern und Serverraumadministratoren teilen muss. Und diese Basis-Mitarbeiter müssen nur die Enter-Taste drücken, um eine Whistleblower-E-Mail abzusenden, woraufhin sie legal mit zig Millionen an Belohnungen ein luxuriöses restliches Leben im Ausland verbringen können, während sie den befehlgebenden Präsidenten an den Galgen bringen. Angesichts dieser extremen Verlockung von Vorteilen und der Befreiung von Verantwortung gibt es innerhalb der Tätergruppe absolut kein Vertrauen mehr; jedwede Verschwörung auf Systemebene wird im Keimstadium von den eigenen Leuten proaktiv zur Detonation gebracht!

Artikel 18 [Föderale Unabhängige Staatsanwaltschaft] (Höchste Rechtsaufsicht und öffentliches Anklagerecht)

1. **[Entstehungsweise und unabhängiger Status]** Der Föderale Generalstaatsanwalt wird vom gesamten Volk in direkter, allgemeiner Wahl nach dem Prinzip "Ein Mensch, eine Stimme" gewählt. Die Föderale Staatsanwaltschaft ist in Bezug auf Personalernennungen, den täglichen Betrieb und die gerichtliche Zuständigkeit vollständig vom Exekutivsystem (Kabinett) und der Legislative getrennt und agiert als unabhängiges staatliches Organ parallel dazu.
2. **[Zentrale Funktionen]** Übt stellvertretend für die Föderation China die unabhängige Rechtsaufsicht und das öffentliche Strafanklagerecht aus. Besitzt das absolute Recht auf "**Immunitätsdurchdringung bei Ermittlungen**" und hat das Recht, gemäß dem Gesetz Ermittlungen und Anklagen wegen Korruption, Amtsmissbrauch und anderer Straftaten gegen jeden Inhaber öffentlicher Gewalt durchzuführen, einschließlich des föderalen Präsidenten, der Kabinettschefs, der Kongressabgeordneten und der obersten Richter aller Ebenen.
3. **[Mechanismus der Checks and Balances] (Horizontaler Gegensteuerungsmechanismus)** Die Föderale Staatsanwaltschaft bricht den bürokratischen internen Kreislauf auf, in dem "die eigenen Leute gegen die eigenen Leute ermitteln", der im traditionellen System üblich war:
 - **Kontrolle der Exekutive und Legislative:** Durch ihr unabhängiges Ermittlungs- und Anklagerecht dämmt sie direkt das Rent-Seeking (Erzielung leistungsloser Einkommen) und die Beugung des Rechts zum eigenen Vorteil durch den Präsidenten, Minister und Parlamentarier ein.
 - **Kontrolle der Justiz:** Hat das Recht, gegen Richter auf allen Ebenen, die der Bestechlichkeit oder Rechtsbeugung verdächtigt werden, Strafverfolgung einzuleiten, um zu verhindern, dass Gerichte zu rechtsfreien Räumen werden.
 - **Selbstbeschränkung:** Die Föderale Staatsanwaltschaft besitzt lediglich das "Ermittlungs- und Anklagerecht", nicht das "Recht zur Verurteilung". Jede von ihr erhobene Anklage muss zur öffentlichen Verhandlung und Verurteilung an ein unabhängiges Gericht übergeben werden, wodurch eine absolute Gewaltenteilung durch "Trennung von Anklage und Urteil" verwirklicht wird.

(Hinweis: Der restliche Teil des Kapitels 2, die Artikel 19 bis 23, ist in Arbeit. Da der Text extrem umfangreich ist und um den Detailgrad strikt beizubehalten, stelle ich diese Abschnitte bereit, falls die Maximallänge dieses Outputs ausreicht. Setze unmittelbar mit Artikel 19 fort.)

Artikel 19 [Föderale Zentralbank] (Währungsunabhängigkeit und Schutz vor inflationärer Ausplünderung)

1. **[Entstehungsweise und unabhängiger Status]** Der Präsident der Föderalen Zentralbank wird vom gesamten Volk in direkter Wahl nach dem Prinzip "Ein Mensch, eine Stimme" gewählt. Die Zentralbank genießt bei ihrem institutionellen Betrieb und der Formulierung der Geldpolitik absolute Unabhängigkeit, frei von jeglicher Einmischung durch exekutive Anweisungen.
2. **[Zentrale Funktionen und Machtverbotszonen]** Ist ausschließlich zuständig für die Ausgabe der gesetzlichen föderalen Währung und die Aufrechterhaltung der Währungsstabilität. Absolute Untersagung der "Monetarisierung von Haushaltsdefiziten" (d. h. es ist der Zentralbank strengstens verboten, direkt Staatsanleihen der Regierung zu kaufen oder Geld für die Regierung zu drucken, um Haushaltslöcher zu stopfen).
3. **[Mechanismus der Checks and Balances] (Finanzielle Verteidigungslinie)** Die Zentralbank als "finanzieller Nachtwächter" zur Verteidigung des Privateigentums der Bürger bremst die maßlosen Ausgaben- und Verschuldungstendenzen der Exekutive, indem sie der Regierung das "unbegrenzte Recht zum Gelddrucken" entzieht. Der Zentralbankpräsident ist durch das gesamte Volk direkt autorisiert und unterliegt dem Online-Abberufungsverfahren des gesamten Volkes.

Artikel 20 [Amtsenthebungsverfahren durch den Kongress]

- **Umfang:** Der föderale Kongress hat das Recht auf Amtsenthebung (Impeachment) gegenüber allen föderalen Amtsträgern (einschließlich Präsident, Vizepräsident, gewählten unabhängigen Beamten und politischen Beamten).
- **Verfahren:** Initiiert durch das Repräsentantenhaus, verhandelt durch den Senat.
- **Wirkung:** Nach einer Verurteilung erfolgt die sofortige Entlassung aus dem öffentlichen Amt, und der Fall wird an die Justizbehörden zur Verfolgung strafrechtlicher Verantwortung übergeben.

Artikel 21 [Umfassendes und sofortiges Abberufungsrecht der Bürger und "Zweigleisiger" Entscheidungsmechanismus]

1. **[Lückenlosigkeit des Abberufungsrechts und permanentes Fenster]** Das Recht der Bürger auf Abberufung ist die höchste politische Form, in der der Souverän die öffentliche Autorisierung zurücknimmt. Jede Person, die im Territorium der Föderation China öffentliche Gewalt ausübt (vom föderalen Präsidenten bis hin zum einfachen Beamten an der Basis), genießt keinerlei politische Immunität. Gestützt auf das "Föderale Super-Digital-Zentrum" wird unter dem Namen jedes Amtsträgers dauerhaft ein gesetzliches "Fenster für Abberufungsabstimmungen" eingerichtet. Für Abberufungsstimmen gilt das Prinzip der **"permanenten Akkumulation ohne zeitliche Begrenzung"**; sie unterliegen bedingungslos der Echtzeitüberwachung durch die Wähler ihres Zuständigkeitsbereichs.
2. **[Klassifizierung der Abzuberufenden und "Zweigleisiger" Mechanismus]** Um der absoluten Stabilität der höchsten Staatsgewalt einerseits und der extrem hohen Effizienz bei der Korrektur administrativer Fehler an der Basis andererseits gerecht zu werden, unterliegen die Abberufungsverfahren je nach Entstehungsweise und Machtebene des Amtsträgers strikt einer "zweigleisigen" Entscheidung:
3. **["Einstufige Express-Abberufung" für normale Verwaltungsbeamte (Effizienz-Schiene)]** Für alle nicht durch direkte Volkswahlen bestimmten regulären Beamten,

ernannten Exekutivbeamten und Beamten an der Basis gilt ein extrem vereinfachtes Abberufungsverfahren. Sobald die unter dem Namen des betreffenden Amtsträgers angesammelten Abberufungsstimmen die absolute Mehrheit von **[50 % der insgesamt rechtmäßig registrierten Wähler]** seines Zuständigkeitsbereichs überschreiten, tritt die Abberufung sofort und automatisch in Kraft, ohne jegliche Abkühlungsphase oder zweite Bestätigung. Der Beamte verliert umgehend seine Befähigung für das öffentliche Amt. Diese Schiene verwirklicht auf verschleißfreie, kostengünstige Weise die sekundenschnelle Beseitigung von Inkompetenz und Korruption und erzwingt administrative Effizienz.

4. **["Abberufung mit doppelter Grenze" für den Präsidenten und durch das gesamte Volk direkt gewählte hochrangige Beamte (Stabilitäts- und Abschaltungs-Schiene)]** Für den föderalen Präsidenten und die winzige Anzahl von direkt vom Volk gewählten höchsten Verfassungsbeamten unterliegt das Abberufungsverfahren einer strengen "zweistufigen Bestätigung", flankiert von einem "extremen Abschaltungsmechanismus", der Zeitbegrenzungen ignoriert:

- **[Stufe eins: Reguläre 50 %-Warnung und 90-tägige Abkühlungsphase]** Sobald die angesammelten Abberufungsstimmen **[50 % der insgesamt rechtmäßig registrierten Wähler]** erreichen, gibt das System sofort eine "gesetzliche Abberufungswarnung" aus und startet eine 90-tägige (drei Monate) Abkühlungsphase und einen Countdown. In dieser Zeit wird der hochrangige Beamte nicht direkt abberufen, um ihm die Möglichkeit zur Fehlerkorrektur und zur Verteidigung zu geben; die Gesellschaft tritt in eine Phase der rationalen Abwägung ein.
- **[Allwetter-Mechanismus der extremen Abschaltung (Jederzeitiger Sekunden-Kill während der Abkühlungsphase)]** Zu jedem Zeitpunkt der Akkumulation der Abberufungsstimmen – ob vor Auslösung der Abkühlungsphase oder in jeder beliebigen Millisekunde des Ablaufs der 90-tägigen Abkühlungsphase –, solange die angesammelten Stimmen weiter steigen und die extreme absolute Schwelle von **[2/3 (ca. 66,7 %) der gesamten rechtmäßig registrierten Wähler]** überschreiten, löst das System sofort eine "physische Abschaltung (Circuit Breaker)" aus! Die 90-tägige Abkühlungsphase wird sofort zwangsweise beendet (oder direkt übersprungen). Der Abberufungsfall tritt sofort unter Umgehung aller nachfolgenden Verfahren in Kraft; der besagte hohe Beamte wird im Moment des Überschreitens der 2/3-roten-Linie auf der Stelle aller öffentlichen Ämter und des Oberbefehls enthoben und direkt der Justiz übergeben!
- **[Stufe zwei: Ultimative Bestätigungsabstimmung]** Wenn der 90-tägige Countdown endet und die angesammelten Stimmen zu keinem Zeitpunkt die extreme 2/3-Abschaltungslinie erreicht haben, leitet das System offiziell eine einwöchige (7 Tage) endgültige Bestätigungsabstimmung für die Abberufung ein. Diese Abstimmung enthält explizit zwei sich gegenseitig ausschließende Optionen: [Bestätigung der Abberufung] und [Unterstützung des Amtsinhabers]. Zu diesem Zeitpunkt müssen gleichzeitig zwei Bedingungen erfüllt sein: "Die Gesamtzahl der an dieser Abstimmung teilnehmenden

Personen > 50 % der Gesamtzahl der rechtmäßigen Wähler" UND "Die Zahl der Stimmen für [Bestätigung der Abberufung] > 2/3 der tatsächlichen Gesamtstimmungszahl", erst dann ist die Abberufung endgültig erfolgreich. Werden nicht beide Bedingungen erfüllt, scheitert die Abberufung, und die angesammelten Stimmen werden auf Null zurückgesetzt und neu gezählt.

5. **[Menschenrechtsuntergrenze und Klausel zur justiziellen Trennung]** Die Wirkung des Abberufungsrechts beschränkt sich auf den Entzug des öffentlichen Amtes (politische Rechenschaftspflicht). Es ist strengstens verboten, die Abberufungsabstimmung des gesamten Volkes kompetenzüberschreitend dazu zu nutzen, irgendeinem Individuum grundlegende Menschenrechte (wie das Recht auf Leben, persönliche Freiheit, rechtmäßiges Privateigentum) zu entziehen; sie darf auch absolut nicht den gesetzlichen Gerichtsprozess ersetzen. Wenn der Abberufene im Verdacht steht, die Verfassung verletzt zu haben, korrupt zu sein oder kriminelle Handlungen begangen zu haben, muss er nach dem Entzug des öffentlichen Amtes an die unabhängigen Justizbehörden übergeben werden, um nach dem Common-Law-Verfahren vor Gericht gestellt zu werden.

Artikel 22 [Neutralität der Beamten, Offenlegung der Vermögensverhältnisse und Recht auf Verweigerung rechtswidriger Befehle] (Fundament der staatlichen Verwaltung)

1. **[Auswahl und absolute politische Neutralität]** Implementierung eines strikten "Leistungsprinzips (Meritokratie)"; reguläre Beamte müssen durch faire und transparente einheitliche Prüfungen auf der Grundlage ihrer Verdienste rekrutiert werden. Alle regulären Beamten müssen öffentlich ihren Austritt aus jeglichen politischen Parteien erklären. Es ist ihnen während ihrer Amtszeit strengstens verboten, sich an parteipolitischen Aktivitäten zu beteiligen oder den Wahlkampf einer politischen Partei zu unterstützen; sie müssen absolute administrative und politische Neutralität wahren. Das erste Objekt der Loyalität eines Beamten ist die Verfassung der Föderation China und das gesamte Volk, nicht eine politische Partei oder ein Exekutivchef.
2. **[Sunshine-Gesetz: Zwingende Vermögensdeklaration und Offenlegung]** Alle Amtsträger, die öffentliche Gewalt ausüben (einschließlich föderaler Präsident, gewählte Beamte, politische Beamte, reguläre Beamte und Justizangestellte), müssen vor ihrem Amtsantritt ihr in- und ausländisches Vermögen sowie das ihrer direkten Verwandten vollständig deklarieren und es während ihrer Amtszeit jährlich der gesamten Gesellschaft öffentlich zugänglich machen. Wer die Deklaration verweigert, Vermögen verheimlicht oder über Vermögen unklarer Herkunft verfügt, verliert automatisch seine Befähigung für das öffentliche Amt, wird von der Unabhängigen Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt, und jegliches verheimlichte Vermögen wird ausnahmslos beschlagnahmt.
3. **[Recht auf Verweigerung illegaler Befehle und beruflicher Schutz] (Brechen der Banalität des Bösen)** Etablierung eines robusten Systems zum beruflichen Schutz von Beamten; kein Beamter darf aufgrund politischer Wechsel grundlos entlassen werden. Wenn ein Amtsträger administrative Anweisungen erhält, die offensichtlich gegen die Verfassung verstoßen, grundlegende Menschenrechte und Privateigentum der Bürger verletzen oder keinem ordnungsgemäßen Rechtsverfahren folgen, besitzt

er das gesetzliche "absolute Recht auf Verweigerung der Ausführung" (Recht auf Ungehorsam). Amtsträger dürfen absolut nicht wegen der Verweigerung der Ausführung illegaler Befehle degradiert, entlassen oder in irgendeiner Form von Vergeltungsmaßnahmen betroffen sein; diejenigen, die es wagen, an der Verfassung festzuhalten und den Befehl zu verweigern, stehen unter dem absoluten Schutz der föderalen Gerichte.

4. **[Rechenschaftspflicht für blinden Gehorsam und solidarische Haftung des persönlichen Vermögens]** Das Schutzsystem der totalitären Bürokratie, bei dem "die Ausführung von Befehlen Vorgesetzter von der Verantwortung entbindet", wird vollständig abgeschafft. Wenn ein Amtsträger blindlings verfassungswidrige oder illegale Verwaltungsbefehle ausführt und dadurch Leben, Freiheit oder Eigentum von Bürgern geschädigt werden, darf "die Anweisung des Vorgesetzten" absolut nicht als Verteidigungsgrund zur Entbindung von der rechtlichen Verantwortung dienen. Der Vorgesetzte, der den Befehl erteilt, und der Untergebene, der ihn ausführt, müssen gemeinsam strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Bei Schäden von Bürgern, die durch illegale Verwaltungsbefehle verursacht wurden, leistet die Regierung zunächst staatliche Entschädigung; nach erfolgter Entschädigung werden der Föderale Rechnungshof und die Unabhängige Staatsanwaltschaft auf der Grundlage der "offengelegten Vermögensliste" des betreffenden Beamten dessen persönliches Vermögen ohne Obergrenze regresspflichtig machen, bis hin zum vollständigen Entzug seiner beamtenrechtlichen Ruhestandsbezüge und seines legalen Privateigentums.

Artikel 23 [Sunshine-Gesetz und Open-Source-Überwachung in allen Bereichen] (Holografische Transparenz öffentlicher Gewalt und Anti-Unsichtbarkeits-Monopol)

1. **[Standardmäßiger Open Source für Regierungsgeschäfte und holografische Live-Übertragungen: Die absolute Offenlegung von Kernmechanismen]** Die "Hinterzimmerpolitik" und die Verheimlichungstendenzen des "passiven Wartens auf Untersuchungen" des alten Systems werden vollständig verworfen. Etablierung des Prinzips der "standardmäßigen Open Source und holografischen Transparenz" beim Ablauf der öffentlichen Macht.
 - **Live-Übertragung von Entscheidungsprozessen und dauerhafte Archivierung:** Sämtliche exekutiven Entscheidungssitzungen, öffentlichen Anhörungen, Ausschreibungsbewertungen und legislativen Debatten der Föderation und lokaler Regierungen aller Ebenen müssen ausnahmslos in 4K-Ultra-HD in Echtzeit über das Netzwerk gestreamt werden. Die zugehörigen Audio-, Video- und Textaufzeichnungen verbleiben als gesetzliche Staatsarchive dauerhaft im öffentlichen Netzwerk, wo sie dem gesamten Volk jederzeit zur rückwirkenden Einsichtnahme zur Verfügung stehen.
 - **Maschinenlesbarkeit und automatische KI-Prüfung:** Mit Ausnahme der gesetzlich definierten, äußerst seltenen höchsten Verteidigungsgeheimnisse müssen die administrativen Abläufe, Einnahmen und Ausgaben sowie die zugrundeliegenden Algorithmen der Regierung auf allen Ebenen proaktiv und in Echtzeit veröffentlicht werden. Das Föderale Digital-Zentrum muss standardisierte offene Datenschnittstellen (Open APIs) bereitstellen und

bedingungslos globalen Bürgern sowie KI-Programmen von Drittanbietern den Echtzeit-Zugang ermöglichen, um eine rund um die Uhr laufende Überprüfung auf Regelverstöße und eine Überwachung der Rechenleistung durchzuführen.

2. **[Echtzeit-Blockchainsierung der Finanzen von Amtsträgern und das Prinzip "Außerhalb der Bücher bedeutet Korruption"] (Ultimatives Sunshine-Gesetz für Vermögen)** Das verzögerte und leicht manipulierbare System der "regelmäßigen Vermögensdeklaration" wird vollständig abgeschafft; es wird der absolute Verzicht auf finanzielle Privatsphäre für Amtsträger umgesetzt. Jede Person, die in der Föderation China öffentliche Macht ausübt, muss an ihrem ersten Arbeitstag den gesetzlichen "Vertrag über absolute finanzielle Transparenz von Amtsträgern" unterzeichnen.
 - **Echtzeit-Blockchain-Überwachung:** Sämtliche in- und ausländischen Bankkonten, Krypto-Wallets und finanziellen Vermögenswerte der Amtsträger und ihrer direkten Verwandten müssen zwingend in den speziell eingerichteten Blockchain-Zweig für die Offenlegung von Beamtenvermögen des "Föderalen Super-Digital-Zentrums" integriert werden. All ihre Kapitalflüsse und Kontostände müssen der gesamten Nation 24 Stunden am Tag in Echtzeit und manipulationssicher als Open Source präsentiert werden.
 - **Verheimlichung ist die Ursünde:** Etablierung des absoluten Präsumtionsprinzips "Außerhalb der Bücher bedeutet Korruption". Jedes versteckte Konto, außerbuchhalterische Einkommen oder treuhänderisch gehaltene Vermögen, das nicht in dieses öffentliche Netzwerk integriert ist, gilt sofort und automatisch rechtlich als Korruptionsertrag, sobald es von Bürgern, KI-Prüfern oder internationalen Anti-Geldwäsche-Netzwerken entdeckt wird, ohne dass die Herkunft der Gelder nachgewiesen werden muss. Der Amtsträger verliert sofort seine Befähigung für das öffentliche Amt, die versteckten Vermögenswerte werden ausnahmslos und ohne Untergrenze beschlagnahmt, und die Unabhängige Staatsanwaltschaft wird öffentliche Anklage wegen der höchsten Stufe von Korruptions- und Hochverratsverbrechen erheben.
3. **[Standardisierung der Arbeit von Beamten und Plugin-Austauschmechanismus] (Brechen des Verfahrensmonopols)** Um das unsichtbare Monopol der regulären Beamten (Technokraten und Sekretariatsbürokraten) über spezifische Verwaltungsprozesse endgültig zu zerschlagen, wird das Prinzip der "absoluten Standardisierung von Verwaltungsverfahren" strengstens angewendet.
 - **Open Source von Prozessen und KI-Verifizierung:** Interne Regierungsgenehmigungsabläufe und technische Wartungsarbeiten müssen strenge "Standard Operating Procedures (SOPs)" formulieren, deren tägliche Betriebsprotokolle vollständig in das Zentrum zur KI-Überwachung eingespeist werden.
 - **Prinzip des Plugin-Austauschs:** Jeder Versuch, öffentliche Verwaltungsverfahren zu mystifizieren, wird entschieden blockiert. Qualifizierte Bürger können anhand offener Handbücher nahtlose

Übergaben an den Arbeitsplatz vornehmen. Der Rücktritt oder Ungehorsam irgendeines Bürokraten darf niemals zum Stillstand der Staatsmaschinerie führen; die gewählte Regierung hat das Recht, jeden Beamten, der bei Regelverstößen droht, "im Geschäft unersetzbar zu sein", jederzeit und auf einfachste Weise zu entlassen und zu ersetzen.

Kapitel 3: Finanzen, Wirtschaft und soziale Verantwortung

Artikel 24 [Fiskalische Disziplin, gesetzlicher Haushalt und Anti-Verschwendungs-Mechanismus]

- **Zero-Based Budgeting und Leistungsprüfung:** Einführung eines Zero-Based-Budgeting-Systems (Nullbasbudgetierung); die Notwendigkeit jeder Ausgabe muss neu begründet werden. Einrichtung einer unabhängigen Institution zur Überprüfung der Haushaltsleistung; Mittel, die die Leistungsziele nicht erreichen, werden ausnahmslos gekürzt.
- **Prinzip des Haushaltsgleichgewichts:** Die föderale Regierung muss einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Außer in Ausnahmeständen wie Krieg oder schweren Katastrophen darf die Defizitgrenze einen gesetzlich festgelegten Prozentsatz des BIP nicht überschreiten; es ist strengstens verboten, Haushaltsdefizite durch übermäßige Geldschöpfung (Monetarisierung) zu finanzieren.
- **Rückführung von Mitteln:** Nicht fristgerecht ausgegebene Haushaltsmittel fließen ausnahmslos und automatisch in die Staatskasse zurück; "überstürztes Geldausgeben am Jahresende" ist strengstens verboten. Wenn die Haushaltsausführung zu stark von der Anmeldung abweicht, gilt dies als haushaltspolitische Pflichtverletzung, und der Abteilungsleiter wird zur Verantwortung gezogen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die inhärente Expansion von Haushalten durchbrechen und eine strikte fiskalische Disziplin etablieren. **[Erwarteter Effekt]:** Die Regierung zwingend zu strenger Kalkulation anhalten, verhindern, dass das Land in eine Schuldenkrise gerät, und den Reichtum der Steuerzahler schützen. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Eine gesunde Finanzlage ist die wirtschaftliche Grundlage für langfristige Stabilität und Frieden des Staates.

Artikel 25 [Gesetzmäßigkeit der Besteuerung, minimalistisches Steuersystem und Grundrechte der Steuerzahler]

1. **[Absolute Gesetzmäßigkeit der Besteuerung und Verbot der Einnahmengenerierung durch Strafen]** Die Einführung aller neuen Steuerarten und die Anpassung von Steuersätzen müssen durch die gewählten Parlamente aller Ebenen gesetzlich festgelegt werden (Keine Besteuerung ohne Repräsentation). Es ist den Exekutivbehörden strengstens verboten, eigenmächtig durch Verwaltungsverordnungen jegliche Form von Steuern oder Gebühren hinzuzufügen. Es ist strengstens verboten, Verwaltungsstrafen an die Finanzierung von Strafverfolgungsbehörden zu koppeln; die böswillige Praxis der "Einnahmengenerierung durch Strafen" wird vollständig abgeschafft.
2. **[Minimalistisches Steuersystem und makroökonomische Steuerlastgrenze]** Der Staat führt ein minimalistisches Niedrigsteuersystem ein und schafft alle versteckten und drückenden Steuern und Abgaben ab. Um eine maßlose Abschöpfung des privaten Reichtums durch die öffentliche Gewalt zu verhindern, legt die föderale Verfassung zwingend eine "makroökonomische Steuerlastgrenze" fest (der höchste

gesetzliche prozentuale Anteil der gesamten staatlichen Steuereinnahmen am Bruttonationalprodukt).

3. **[Asymmetrische Beweislast und absoluter Vermögensschutz]** Etablierung des "asymmetrischen Rechtsprinzips" zum Schutz der Steuerzahler: In allen steuerlichen und administrativen Streitigkeiten genießen Bürger und private Unternehmen das absolute Recht der "Unschuldsvermutung" (in dubio pro reo); die Beweislast liegt vollständig bei der anklagenden Behörde. Ohne eine öffentliche Entscheidung und die Ausstellung eines gesetzlichen richterlichen Beschlusses durch ein unabhängiges Gericht hat absolut keine Verwaltungs- oder Steuerbehörde das Recht, Bankkonten und private Vermögenswerte von Bürgern und Unternehmen zu beschlagnahmen, abzubuchen oder einzufrieren.

Artikel 26 [Soziale Marktwirtschaft und nachhaltiges Wohlfahrtssystem]

- **Sicherung des Existenzminimums:** Der Staat ist verpflichtet, ein die gesamte Bevölkerung abdeckendes soziales Sicherheitsnetz (einschließlich Kranken-, Renten- und Arbeitslosenunterstützung) aufzubauen, um zu garantieren, dass jeder Bürger einen dem Erhalt der Menschenwürde entsprechenden grundlegenden Lebensstandard genießt.
- **Prinzip der Arbeitswohlfahrt (Workfare):** Die Gestaltung des Wohlfahrtssystems muss sowohl Gerechtigkeit als auch Effizienz berücksichtigen. Es ist strengstens verboten, nicht nachhaltige Maßnahmen umzusetzen, die zu "Wohlfahrtsabhängigkeit" oder der "Züchtung von Faulenzern" führen. Mit Ausnahme von Personen, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben, muss der Bezug langfristiger Sozialhilfe an die Pflicht zur beruflichen Weiterbildung oder zu gemeinnütziger Arbeit gekoppelt sein.
- **Generationengerechtigkeit:** Das Renten- und Sozialversicherungssystem muss dem Prinzip des versicherungsmathematischen Gleichgewichts folgen; es ist verboten, durch Überziehung des Reichtums zukünftiger Generationen gegenwärtige Wohlfahrtsversprechen zu erfüllen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Aufbau eines Gesellschaftssystems, das sowohl Wärme ausstrahlt als auch wettbewerbsfähig ist. **[Erwarteter Effekt]:** Die Bürger haben in Zeiten der Not eine Absicherung der Existenzgrundlage, während gleichzeitig ein hohes Maß an Arbeitsmotivation und Innovationskraft in der Gesellschaft aufrechterhalten wird.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Der Staat muss nicht nur die Schwachen versorgen, sondern vor allem die Starken motivieren, um nicht in eine "Wohlfahrtsfalle" zu geraten.

Artikel 27 [Antimonopol, fairer Wettbewerb und Verbot von Vetternwirtschaft]

- **Prüfung des fairen Wettbewerbs:** Einrichtung einer unabhängigen Kommission für fairen Handel (Kartellamt). Bevor Regierungsrichtlinien erlassen werden, müssen diese einer Prüfung auf fairen Wettbewerb unterzogen werden, um zu verhindern, dass die Verwaltungsmacht den Markt verzerrt.
- **Zerschlagung von Monopolen:** Der Staat hat das Recht, Supermonopolorganisationen, die ihre marktbeherrschende Stellung missbrauchen, gesetzlich zu zerschlagen, unabhängig von ihrem kapitalmäßigen Hintergrund.
- **Verbot des Günstlingskapitalismus (Crony Capitalism):** Es ist der Regierung strengstens verboten, bestimmte Unternehmen zu unterstützen oder politisch-

kommerzielle Interessengruppen zu bilden, sei es durch Konzessionen, gezielte Subventionen oder bevorzugte Kreditvergabe. Verwaltungsakte, die gegen diesen Artikel verstoßen, sind nichtig, und die entsprechenden Gewinne müssen in voller Höhe zurückgefordert werden.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Sicherstellen, dass die Marktchancen für gewöhnliche Menschen fair sind, und verhindern, dass Machthaber die wirtschaftlichen Lebensadern monopolisieren.

[Erwarteter Effekt]: Die Kette des Austauschs von Macht gegen Geld durchschneiden und den Überlebensraum für kleine und mittlere Unternehmen sowie Innovatoren schützen.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Der Kern eines freien Marktes ist "Regelgerechtigkeit" und nicht "Ergebnisgleichheit".

Artikel 28 [Vereinigungsfreiheit, Arbeitnehmerrechte und gesellschaftliche Selbstverwaltung]

- **Recht auf unabhängige Gewerkschaften:** Arbeitnehmer haben das Recht, frei unabhängige Gewerkschaften zu gründen, diesen beizutreten und Tarifverhandlungen (Kollektivverhandlungen) zu führen. Regierung und Arbeitgeber ist es strengstens verboten, sich in die internen Wahlen und den Betrieb der Gewerkschaften einzumischen; die Einrichtung offiziell monopolisierter Gewerkschaftsorganisationen ist strengstens verboten.
- **Gesellschaftliche Selbstverwaltung:** Der Staat ermutigt Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Branchenverbände, in Bereichen wie Bildung, Wohltätigkeit und Umweltschutz Selbstverwaltungsfunktionen auszuüben, um eine Governance-Struktur von "kleiner Regierung, großer Gesellschaft" aufzubauen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Eine starke zivilgesellschaftliche Kontrollmacht kultivieren und durch marktbasierende Verhandlungen die Kluft zwischen Arm und Reich abmildern.

[Erwarteter Effekt]: Arbeitnehmern organisierte Verhandlungsmacht verleihen und verhindern, dass das Individuum durch Kapital oder Macht isoliert wird.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Unabhängige gesellschaftliche Organisationen sind die Stoßdämpfer und Stabilisatoren für das reibungslose Funktionieren eines demokratischen Systems.

Artikel 29 [Akademische Unabhängigkeit, Innovationsförderung und geistiges Eigentum]

- **Akademische Freiheit:** Universitäten und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen genießen völlige Autonomie. Lehre, Forschung und künstlerisches Schaffen genießen absolute Freiheit und unterliegen keinerlei politischer, religiöser oder ideologischer Zensur und Einmischung.
- **Innovationsförderung:** Der Staat etabliert ein strenges Schutzsystem für geistiges Eigentum und betrachtet die Verletzung von geistigem Eigentum als Diebstahl von Privateigentum. Er garantiert, dass intellektuelle Innovationsergebnisse in gesetzlich geschützten, legitimen Reichtum umgewandelt werden können.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die "Vormachtstellung der Wahrheit" etablieren und die kreative Kraft der Nation befreien.

[Erwarteter Effekt]: Bildung und wissenschaftliche Forschung vollständig von politischer Propaganda entkoppeln; akademische Freiheit ist die Quelle für technologischen Fortschritt und zivilisatorische Entwicklung einer Nation.

[Rechtswissenschaftliche Analyse]: Die Wahrheit duldet keine politische Zensur, und Weisheit muss sich in Reichtum verwandeln können.

Artikel 30 [Umweltgerechtigkeit und generationenübergreifende Rechte]

- **Prinzip der generationenübergreifenden Gerechtigkeit:** Wenn der Staat wirtschaftliche Entwicklungspolitiken formuliert, muss er die Auswirkungen auf die Lebensumwelt zukünftiger Generationen berücksichtigen. Es ist strengstens verboten, kurzfristiges BIP-Wachstum auf Kosten der ökologischen Umwelt zu erkaufen.
- **Verfassungsklagerecht:** Umweltorganisationen und Bürgern wird das Recht eingeräumt, wegen Umweltzerstörungshandlungen Verfassungsklage (Gemeinwohlklage) einzureichen. Umweltzerstörer müssen neben wirtschaftlicher Entschädigung auch lebenslange strafrechtliche Verantwortung tragen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Dauerhafte Nachhaltigkeit von Ressourcen und Umwelt verwirklichen. **[Erwarteter Effekt]:** Verhindern, dass kurzfristige politische Vorzeigeprojekte die dauerhafte Heimat zukünftiger Generationen zerstören. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Das Recht auf Umwelt ist eine Erweiterung des Rechts auf Leben, das nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft gehört.

Kapitel 4: Ultimative Garantien der Bürger

Artikel 31 [Recht auf Waffenbesitz und Widerstandsrecht] Die Bürger haben das Recht, gemäß dem Gesetz Schusswaffen zu besitzen und zu tragen. Wenn die Regierung Tyrannei ausübt und die rechtlichen Wege zur Fehlerkorrektur vollständig versagen, besitzen die Bürger das natürliche Recht, das Widerstandsrecht auszuüben, um die Tyrannei zu stürzen.

[Gesetzgeberisches Ziel]: Die physische Balance zwischen öffentlicher Macht und privaten Rechten herstellen. **[Erwarteter Effekt]:** Eine bewaffnete Bürgerschaft ist die ultimative Abschreckung gegen potenzielle Diktatoren und der letzte Wächter der Freiheit. **[Rechtswissenschaftliche Analyse]:** Dies ist die "ultimative physische Sicherung (Schmelzsicherung)" der Verfassung, die sicherstellt, dass die Macht es niemals wagt, den Souverän geringschätzig zu behandeln.

Kapitel 5: Zusatzbestimmungen und Verfassungsschutz

Artikel 32 [Beschränkungen des Ausnahmezustands] Der nationale Ausnahmezustand ist ausschließlich auf feindliche Invasionen oder vernichtende Katastrophen beschränkt. Während des Ausnahmezustands ist es strengstens verboten, die Meinungsfreiheit auszusetzen, und es ist strengstens verboten, den Betrieb des Abberufungs-Abstimmungssystems zu stoppen. **[Gesetzgeberisches Ziel]:** Verhindern, dass Machthungrige Krisen nutzen, um die Macht an sich zu reißen; Krisen dürfen nicht als Vorwand zur Aussetzung der Demokratie dienen.

Artikel 33 [Rigider Verfassungsänderungsprozess] Eine Verfassungsänderung erfordert die Annahme des Antrags durch 2/3 der Mitglieder beider Kammern sowie die Zustimmung von mehr als 2/3 in einer Volksabstimmung. **[Gesetzgeberisches Ziel]:** Die Stabilität und Unantastbarkeit (Heiligkeit) der Verfassung wahren.

Artikel 34 [Ewigkeitsklausel] Die Artikel 1, 3, 4, 5, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 31 und 32 dieser Verfassung dürfen auf ewig weder geändert noch abgeschafft werden. **[Gesetzgeberisches Ziel]:** Eine "permanente Firewall" für die zivilisatorischen Kernwerte der Menschheit errichten und den Weg in die Autokratie für immer abschneiden. (Anmerkung: Es ist bestätigt, dass Kernklauseln wie "Verstaatlichung der Armee (Artikel 14)",

"Letztinstanzliches Urteil durch Volksentscheid (Artikel 16)" und "Recht auf bewaffneten Widerstand (Artikel 31)" enthalten sind.)

Artikel 35 [Inkrafttreten, Übergang und endgültige Ratifizierung]

1. **[Vorläufiges Inkrafttreten]:** Diese Verfassung tritt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung sofort als "Vorläufiges Verfassungsgesetz (Provisorische Verfassung)" der Föderation China in Kraft.
 - **Bindungssubjekte:** Alle Bürger und Organisationen, die der Föderation China freiwillig beitreten, an Abstimmungen teilnehmen, eine digitale Identität der Föderation besitzen oder sich am Staatsgründungsfonds beteiligen, unterliegen dieser Verfassung.
 - **Regierungspflichten:** Die Exilregierung der Föderation China und jede zukünftige provisorische Regierung müssen ihre Befugnisse strikt in Übereinstimmung mit dieser Verfassung ausüben und dürfen diese nicht überschreiten.
2. **[Nachträgliche Ratifizierung durch Volksentscheid]:** Innerhalb eines Jahres nach dem Ende des KPCh-Regimes und der landesweiten Stabilisierung der Lage muss die provisorische Föderalregierung einen landesweiten Volksentscheid initiieren.
 - Wenn diese Verfassung durch die Stimmen von mehr als der Hälfte der Bürger angenommen wird, wandelt sie sich automatisch in die formelle Verfassung der Föderation China um.
 - Wird sie nicht angenommen, muss auf der Grundlage des Ergebnisses des Referendums eine verfassungsgebende Versammlung zur Überarbeitung einberufen werden, bis sie verabschiedet ist.
3. **[Übergang des Interpretationsrechts]:** Bis zur vollständigen Konstituierung des demokratisch gewählten Verfassungsgerichts liegt das endgültige Recht zur Interpretation dieser Verfassung beim Verfassungsentwurfskomitee der Freiheits- und Verfassungspartei Chinas. Sobald der Oberste Föderale Gerichtshof gebildet ist, wird das Interpretationsrecht unverzüglich übertragen. **[Gesetzgeberisches Ziel]:** Die rechtsstaatliche Kontinuität des Übergangs sicherstellen und garantieren, dass kein juristisches Vakuum entsteht.

[Schlusswort] Die Macht zähmen, die Freiheit zurückgeben

Der Strom der Geschichte wälzt sich unaufhaltsam und gewaltig dahin. Das eiserne Gesetz der zivilisatorischen Evolution hat längst gezeigt: Autokratie ist ein barbarisches Überbleibsel aus der Kindheitsphase der Menschheit, während die konstitutionelle Demokratie das einzige Ufer ist, das zu einer reifen Zivilisation führt. Dies ist eine unumkehrbare historische Flut; jede diktatorische Festung, die versucht, sich ihr entgegenzustellen, wird letztendlich von den riesigen Rädern der Zeit zermalmt werden.

Die Geschichte hat mit unzähligen Blut und Tränen eine grausame Wahrheit bewiesen: Egal wie nobel ein "Heiliger" oder "weiser Monarch" ist, sobald er auf dem unkontrollierten Thron der Diktatur sitzt, wird er unweigerlich zu einem Tyrannen degenerieren. Absolute Macht korrumpiert absolut; dies ist ein eisernes Gesetz der menschlichen Natur, dem niemand entfliehen kann. Daher müssen wir das strengste institutionelle Netz nutzen, um die Macht in den eisernen Käfig zu sperren, sodass schlechte Menschen, selbst wenn sie an die Macht

kommen, nicht wagen, Böses zu tun, und ehrgeizige Machthungrige, selbst wenn sie aufsteigen, nicht diktatorisch herrschen können.

Wir trennen die Legislative, Judikative und Exekutive radikal voneinander und geben sie heilig an ihren ursprünglichen Eigentümer zurück – das Volk. Wir haben uns entschieden, darauf zu vertrauen, dass der gesunde Menschenverstand und das Gewissen der Massen für immer höher stehen als die "Weisheit" und "Moral" der Herrscher. Denn die Lehren aus Tausenden von Jahren lehren uns: Die kollektive Weisheit von hunderten Millionen freier Bürger ist die letzte Verteidigungslinie, um zu verhindern, dass das Land in eine Katastrophe stürzt.

Wenn der magische Ring der Macht vom System zerschmettert wird, wenn das Sonnenlicht des Konstitutionalismus den Eisernen Vorhang durchdringt, wird auf diesem uralten Land ein freies China, das nicht länger vor der kaiserlichen Macht niederkniet, sondern nur noch das Recht verehrt, unweigerlich aus der Asche neu geboren werden.

Es lebe die Freiheit! Es lebe das Volk! Es lebe das konstitutionelle China!

[Unterzeichnung und Veröffentlichung des Dokuments]

Ausarbeitende Institution: Verwaltungsausschuss der Freiheits- und Verfassungspartei Chinas

Verfasser: Bian Jingtao

Erscheinungsdatum: 2026

Erscheinungsort: Europa · Deutschland

[Nachwort]: Die Rückkehr des Gewissens und das Erwachen des naturgegebenen Rechts auf Eigentum

Dies ist ein Vertrag über "Vertrauen" Zweitausend Jahre lang basierte die Herrschaftslogik des Ostens stets auf einem extremen Misstrauen gegenüber "gewöhnlichen Menschen". Sie proklamierten: Das Volk sei ignorant und blind, daher brauche es Heilige, um es zu leiten, Eliten, um es zu weiden, und Erlöser, um es zu retten. Diese Arroganz, die im Namen einer "Elitenherrschaft" faktisch ein "Machtmonopol" ist, ist genau die Wurzel für den endlosen Kreislauf diktatorischer Systeme.

Dieser Entwurf verwirft dieses veraltete Vorurteil radikal. Wir haben uns entschieden, an **"das Gewissen der Massen"** zu glauben. Wir glauben, dass, wenn 1,4 Milliarden unabhängige Gewissen von Angst und Armut befreit werden, wenn Hunderte Millionen von Augenpaaren sich im Sonnenlicht miteinander verbinden, dieses "kollektive Gewissen" weitaus gerechter sein wird als das Gehirn jedes Genies und heiliger als jeder illusionäre Gott. Politik sollte nicht das Machtspiel einer Minderheit sein, sondern der gemeinsame Nenner des Gewissens aller Bürger.

Dies ist eine Rückführung von "Vermögenswerten" Wir glauben fest an den Kern universeller Werte: Alle Menschen sind gleich geboren. Diese Gleichheit sollte nicht nur bei Rechten auf dem Papier stehen bleiben, sondern sich in wahrer Würde manifestieren.

Land, Mineralien und natürliche Ressourcen – diese Gaben der Natur sind nicht das Privateigentum irgendeiner politischen Partei, noch sind sie ein Almosen irgendeiner Regierung. Sie sind das natürliche, automatische und unveräußerliche Erbe jedes chinesischen Bürgers.

- **Naturgegebenes Recht auf Eigentum:** Jedes Leben sollte in dem Moment, in dem es dieses Land betritt, automatisch seinen zustehenden Anteil am nationalen

Reichtum erhalten.

- **Untergrenze der Würde:** Durch die Dividenden eines "Nationalen Wohlfahrtsfonds für das gesamte Volk" stellen wir sicher, dass jeder Bürger eine grundlegende Absicherung genießt, die ihn vor Hunger und Erniedrigung bewahrt.

Nur wenn die Menschen nicht mehr gezwungen sind, sich für ihr Überleben der Macht zu beugen, kann ihr Gewissen wirklich unabhängig werden. Was wir ausgeben, sind keine Subventionen, sondern die **"Eintrittskarten zur Freiheit"**.

Dies ist eine Evolution in Richtung der "Zukunft" Im morgigen Zeitalter der Künstlichen Intelligenz und hohen Automatisierung tritt die Menschheit in eine "Post-Work-Ära" (Nach-Arbeits-Ära) ein. Wenn mühsame Verwaltungsverfahren fest in Code programmiert sind und wenn die Blackbox der Korruption durch Transparenz erhellt wird, wird die Regierung zu ihrer wahren Natur zurückkehren – einer entpersonalisierten gesellschaftlichen Hausverwaltung. Unser Design zielt darauf ab, die Eliten zwingend zur Rückkehr in die reale Industrie und die Wissenschaft zu bewegen. Lasst die klügsten Köpfe das Universum und die Grenzen des Unbekannten erforschen und lasst die Regierung unter der Rotation gewöhnlicher Menschen und dem Überblick ihres Gewissens autonom funktionieren.

Wir brauchen keine Erlöser mehr, denn wir haben einander gefunden. Wir blicken nicht mehr bewundernd auf Altäre, wir wachen nur noch über die Regeln. Wenn jedes "Ich" zu einem unabhängigen und freien Wassertropfen in der Welt wird, wird das, was daraus zusammenfließt, ein noch nie gesehenes, wahrhaft zivilisiertes Chinesisches Meer sein.